

**MARIO CANDEIAS/ANIKA TASCHKE**

# **Rechte Mehrheiten verhindern – aber wie?**

**ERGEBNISSE EINER REPRÄSENTATIVEN UMFRAGE  
VOR DEN WAHLEN IN SACHSEN-ANHALT**



Die Daten wurden in einer großen repräsentativen Umfrage vom Meinungsforschungsinstitut Verian (ehemals Kantar) im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung zwischen dem 8. und 19. Dezember 2025 erhoben. Methode: computergestützte telefonische Interviews über Festnetz und Mobilfunk (CATI = Computer Assisted Telephone Interviewing). Befragt wurden 1.002 Personen in Sachsen-Anhalt. Die Erhebung arbeitet mit Fallzahlen, wie sie üblich sind, um repräsentative Ergebnisse zu erzielen und ein valides Realpotenzial zu ermitteln. Die Auswertung erfolgte auf Basis der von Verian erhobenen Daten durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

ANIKA TASCHKE ist stellvertretende Bereichsleiterin des Zentrums Gesellschaftsanalyse und politische Bildung sowie Referentin für Neonazismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im letzten Jahr gab sie zusammen mit Steven Hummel «Hält die Brandmauer?» zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen heraus.

MARIO CANDEIAS ist leitender Redakteur der Zeitschrift *Luxemburg* und Referent für sozialistische Transformation, linke Strategie und Parteien. Er hat jüngst viel zum Thema Faschisierung gearbeitet und mehrere repräsentative Befragungen zum Potenzial der Partei Die Linke und anderen Themen beauftragt und ausgewertet.

# INHALT

Kurzfassung	3
Einleitung	7
1 Die Ausgangslage in Sachsen-Anhalt	9
1.1 Wie radikal ist die AfD in Sachsen-Anhalt?	9
1.2 Mögliche Folgen einer Beteiligung der AfD an der Regierungsmacht	11
1.3 Die strategische Sackgasse der CDU	12
2 Was denken die potenziellen Wähler*innen in Sachsen-Anhalt?	14
2.1 Wähler*innenpotenziale der Parteien in Sachsen-Anhalt	14
2.2 Welche Regierungsoptionen halten die Befragten für wahrscheinlich und welche wünschen sie sich?	17
2.3 Einschätzungen der Befragten zu CDU und AfD	20
2.4 Einschätzungen der Befragten zur Rolle der Partei Die Linke	21
2.5 Einschätzung zu den Wahlchancen von Bündnis 90/Die Grünen	23
2.6 Politische Prioritäten nach Themen	25
3 Auswertung und Interpretation der Umfrageergebnisse	26
3.1 Dilemmata politischer Strategie	26
3.2 Optionen für Die Linke: «Konstruktive Opposition» und organisierende Partei	27
Literatur	34
Anhang	38
Fragenkatalog	39



## KURZFASSUNG

Wäre es so schlimm, wenn die AfD zukünftig (mit)regiert? Sie würde Sachsen-Anhalt vermutlich in ein Labor für ihre rechtsautoritären Experimente verwandeln. Ist dies noch zu verhindern, und wenn ja, wie?

Was halten die potenziellen Wähler\*innen in Sachsen-Anhalt von all dem? Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat dazu eine repräsentative Befragung in Auftrag gegeben, durchgeführt vom renommierten Meinungsforschungsinstitut Verian (ehemals Kantar). Wie hoch ist das Potenzial der Parteien in Sachsen-Anhalt derzeit? Wie sieht es insbesondere bei der Partei Die Linke aus? Welche Regierungsoptionen halten die Befragten für wahrscheinlich? Hat beispielsweise eine Koalition aus CDU, SPD und BSW eine Chance oder doch eher eine Minderheitsregierung der Union? Und welche Konstellation würden die Befragten selbst befürworten? Wie wird die CDU im Land wahrgenommen – unterscheidet sie sich noch von der AfD, ist sie eine demokratische Alternative oder hat sie sich ihr angenähert und radikalisiert? Wie steht es mit der Partei Die Linke – ist sie als Gegenpol zur AfD, als Pol eines sozialen Antifaschismus erkennbar? Und sollte sie dann eine Minderheitsregierung der CDU tolerieren oder eben nicht? Was denken die Befragten im linken Potenzial dazu?

Hier die wichtigsten Ergebnisse:

**Wähler\*innenpotenzial der Linken: 22 Prozent.** Bei der Frage «Welche Parteien können Sie sich vorstellen bei einer Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zu wählen?» gaben 22 Prozent der Befragten Die Linke an. Gegenüber derzeitigen Umfragewerten um die 13 Prozent hat Die Linke also durchaus eine Chance, mit ihrem mittlerweile bewährten Haustürwahlkampf und einer klaren Kommunikation als Gegenpol zur AfD und einem radikalisierten Konservatismus der CDU noch weitere Wähler\*innen zu mobilisieren.

**AfD-Potenzial weitgehend ausgeschöpft, bei den anderen Parteien ist noch Luft nach oben.** Die AfD hat mit 42 Prozent das höchste Wähler\*innenpotenzial aller Parteien in Sachsen-Anhalt. In Umfragen scheint dieses Potenzial aber weitgehend ausgeschöpft, ein weiteres Wachstum ist wahrscheinlich in kurzer Frist also nicht zu erwarten. Die stärkste Unterstützung erhält sie dabei von Befragten mit einem mittleren und sehr hohen Nettohaushaltseinkommen (jeweils 49%), etwas weniger von solchen mit niedrigem Einkommen (38%). Die CDU hat in diesem Zusam-

menhang mit 33 Prozent noch Potenzial, ebenso wie Die Linke (22%), um Wähler\*innen zu überzeugen.

Schwieriger scheint es für SPD, Bündnis 90/Die Grünen und BSW, die ihr Potenzial in Umfragen derzeit besonders schlecht ausschöpfen können. Die SPD (27%) und die Grünen (16%) müssen trotz starker Potenziale um den Einzug in den Landtag fürchten. Das BSW liegt in Umfragen derzeit über 5 Prozent, kommt aber auch nicht annähernd an sein sehr hohes Potenzial (29%) heran.

**Erwartung, wer am Ende regiert: eine Minderheitsregierung der CDU.** Nach möglichen Regierungskonstellationen befragt, gaben 43 Prozent an, sie erwarteten nach der Wahl am ehesten eine Minderheitsregierung der CDU, die von der AfD toleriert wird. Eher für unwahrscheinlich eingeschätzt werden eine Koalition aus CDU, SPD und BSW (27%) ebenso wie eine von CDU und AfD (26%). Knapp ein Drittel (32%) erwartet keine dieser Konstellationen in einer künftigen Regierung.

**Welche Regierung wünschen sich die Befragten? Keine der zunächst abgefragten Optionen erhält mehr als ein Drittel an Zustimmung.** 35 Prozent sprechen sich für eine AfD-CDU-Koalition aus, 33 Prozent für eine Koalition aus CDU, SPD und BSW und 30 Prozent für eine Minderheitsregierung der Union, die von der AfD toleriert wird. Ein knappes Drittel (30%) der Befragten spricht sich gegen jede dieser Optionen aus. Trotz der hohen Zustimmungswerte wollen die Wähler\*innen in Sachsen-Anhalt keine AfD an der Regierung. Sie sind jedoch auch mit jeder anderen der zunächst abgefragten Optionen unzufrieden oder erwarten sich nichts davon.

**Sehen die Befragten noch einen Unterschied zwischen AfD und CDU?** Ja und nein. Immerhin 39 Prozent aller Befragten sehen die CDU in Sachsen-Anhalt als demokratische Alternative zur AfD. Nur etwas weniger, nämlich 34 Prozent, meinen hingegen, in Sachsen-Anhalt hätten sich CDU und AfD inhaltlich so weit angenähert, dass sie sich eigentlich nur noch im Auftreten unterscheiden würden.

**Der Unterschied verschwimmt aus Sicht der Parteien links der Union.** Im Potenzial der Linken findet sich eine Mehrheit von 53 Prozent, die zwischen CDU und AfD nur noch wenige Unterschiede ausmachen kann, nur ein Drittel sieht die CDU noch als demokratische Alternative. Noch etwas deutlicher, aber ähnlich sind die Zahlen beim Potenzial der SPD (59 zu 23%) und von Bündnis 90/Die Grünen (58 zu 26%).

**Die Linke gilt als Gegenpol zur AfD, als Pol eines sozialen Antifaschismus.** Wird demgegenüber die Partei Die Linke von dem Befragten in Sachsen-Anhalt als politischer Gegenpol zur AfD bzw. als Pol eines sozialen Antifaschismus wahrgenommen? Immerhin 48 Prozent aller Befragten sehen dies in sehr starkem oder eher starkem Maße so (nur 44 % sehen dies eher nicht oder nicht so). Im Potenzial der Linken sind es 73 Prozent, die die Partei als Gegenpol sehen. Das trifft aber auch auf 69 Prozent der potenziellen Wähler\*innen der SPD und auf 63 Prozent der potenziellen Wähler\*innen von Bündnis 90/Die Grünen zu.

**Gegen AfD und CDU, aber für eine Tolerierung einer Minderheitsregierung der Union.** Hier ergibt sich ein interessanter Widerspruch: Zwar kann eine klare Mehrheit des linken Wähler\*innenpotenzials zwischen der AfD und der nach rechts gerückten CDU in Sachsen-Anhalt kaum noch einen Unterschied wahrnehmen, und doch möchte eine ebenso klare Mehrheit (79 %) eine Minderheitsregierung ebendieser CDU durch Die Linke toleriert sehen.

**Auch eine Mehrheit der potenziellen CDU-Wähler\*innen präferiert eine Zusammenarbeit mit der Linken.** Hier sind es fast zwei Drittel (63%), die einer Tolerierung durch Die Linke zustimmen (bei der SPD 86%, bei Bündnis 90/Die Grünen 85%; beim BSW ist es umgekehrt: 63% sind dagegen). Insgesamt ist diese Option (eine von der Linken tolerierte Minderheitsregierung der CDU) für alle Befragten noch mit Abstand die beliebteste aller Regierungskonstellationen.

**Schlussfolgerungen: Ist ein Sieg der AfD in Sachsen-Anhalt unvermeidlich? Nein.**

**CDU im strategischen Dilemma:** In der Union finden sich starke Kräfte, die auf eine Annäherung und Zusammenarbeit mit der AfD drängen, es gibt aber auch einen alten und einen neuen Ministerpräsidenten, der das explizit ausschließt, ebenso wie der Bundeskanzler. Zugleich besteht jedoch ein Unvereinbarkeitsbeschluss nicht nur in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der AfD, sondern auch hinsichtlich einer Kooperation mit der Linken, während eine Mehrheit des eigenen Wähler\*innenpotenzials eine Zusammenarbeit mit der Linken für nötig hält – zumal eine andere Regierungsoption ausfallen könnte. Wie auch immer sich die Union entscheiden wird, wird dies natürlich Konsequenzen für die Strategie und Taktik der Linken haben.

**Auch Die Linke bewegt sich in einem Widerspruch:** Die CDU in Sachsen-Anhalt steht durchaus weiter rechts als in manch anderem Bundes-

land. Eine deutliche Mehrheit der potenziellen Wähler\*innen der Linken kann kaum noch einen Unterschied zwischen CDU und AfD wahrnehmen – zugleich wollen sie aber die AfD fern der Regierungsmacht halten, weshalb ebenfalls eine deutliche Mehrheit des linken Wähler\*innenpotenzials dafür ist, eine Minderheitsregierung der CDU zu tolerieren. Die Partei muss einer doppelten Herausforderung begegnen: die AfD wirksam von der Macht fernhalten, ohne das Projekt, eine glaubwürdige veränderungsfähige Kraft im Osten zu werden, zu gefährden.

Auch wenn sich aus Ergebnissen repräsentativer Umfragen nicht einfach politische Strategien ableiten lassen, ziehen wir aus den Umfrageergebnissen mit aller Vorsicht und Vorläufigkeit folgende Schlussfolgerungen für die Strategie der Linken:

**«Konstruktive Opposition»:** Das bedeutet ein offenes Angebot, einem CDU-Ministerpräsidenten ins Amt zu helfen und bei entscheidenden Parlamentsabstimmungen (etwa über den Haushalt) oder anderen sinnvollen Vorhaben eine CDU-Minderheitsregierung (mit oder ohne SPD und BSW) zu unterstützen und so die AfD zu isolieren. Keine formelle Tolerierung, sondern Zustimmung nur zu bestimmten Maßnahmen, sofern sie mit den Prinzipien der Linken vereinbar sind, also gezielt bestimmte soziale Infrastrukturen stärken, keine Kürzungen bei Sozialem, Demokratieförderung oder Ähnlichem. Eine Voraussetzung wäre auch, dass die CDU die Brandmauer zur AfD aufrechterhält und keine wechselnden Mehrheiten sucht. Freilich muss sich Die Linke auch Klarheit über Grenzen einer solchen Zusammenarbeit verschaffen, angesichts einer CDU, die so nur wenig von ihrer eigenen Agenda wird durchsetzen können und vor großen taktischen Herausforderungen stünde. Es hilft auch nichts, wenn die AfD dabei nur noch stärker wird. Auch der Linken wird großes Geschick abverlangt werden. Einen einfacheren Weg gibt es vermutlich nicht, wenn man das erste rechtsautoritäre Experiment in einem Bundesland tatsächlich verhindern will.

**Demokratische Kerne stärken.** Ohnehin sollte sich Die Linke nicht auf klassisch Parteipolitik beschränken. Es gibt auch in Sachsen-Anhalt eine aktive Zivilgesellschaft und demokratische Kerne. Daher geht es um den Aufbau gesellschaftlicher Allianzen eines sozialen Antifaschismus, die jetzt schon vor der Landtagswahl, aber auch danach mit Mut zur Konfrontation mit der radikalen Rechten, aber auch mit den Ursachen der Faschisierung Netzwerke zur Verteidigung einer demokratischen und solidarischen Lebensweise in diesem Land knüpfen. Es geht um gesellschaftliche Gegenmacht: in Gewerkschaften, in Schulen, in Nachbarschaften, in sozialen Zentren.

# EINLEITUNG

Wie wäre es, wenn die AfD zukünftig (mit)regiert? Diese Frage treibt in einem Jahr, in dem fünf Landtagswahlen anstehen, immer mehr Menschen in Deutschland um – auch solche, die sich sonst kaum für Politik und das parlamentarische System interessieren. Dabei ist die «*Hoffnung, dass es so schlimm nicht kommen wird*» (Becker 2025), trügerisch. Der Versuch, die radikale Rechte einzuhegen, indem ihre Positionen etwa durch einen radikalisierten Konservatismus übernommen werden, und sie in Regierungsbeteiligungen zu entzaubern, hat nirgends funktioniert (vgl. Candeias 2025). Auch eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung kommt zu dem Schluss, dass durch Bündnisse mit rechtsradikalen Parteien «*eher die christdemokratischen und konservativen Parteien geschwächt werden als die extremen*» (zit. n. Munk 2025).

Am 6. September wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Hier hat die AfD nach aktuellen Umfragewerten die besten Chancen, auf Landesebene an die Macht zu gelangen. Ihr dortiger Spitzenkandidat Ulrich Siegmund hat als Ziel sogar eine Alleinregierung ausgegeben. Was halten die Menschen in Sachsen-Anhalt von all dem? Wie stehen sie zu einer Regierung(sbeteiligung) der AfD, welche Regierungsoptionen halten sie für wahrscheinlich bzw. welche Konstellation würden sie selbst bevorzugen? Hat beispielsweise eine Koalition aus CDU, SPD und BSW eine Chance oder doch eher eine Minderheitsregierung der Union? Wird die CDU im Land überhaupt noch als eine demokratische Alternative zur AfD wahrgenommen? Und wie sieht es mit der Partei Die Linke aus? Ist sie als Gegenpol zur AfD, als Pol eines sozialen Antifaschismus erkennbar? Und wie stehen die potenziellen Wähler\*innen der Linken zu einer Tolerierung einer etwaigen Minderheitsregierung der CDU durch ihre Partei? Dazu und zu den Themen, die den Wähler\*innen in Sachsen-Anhalt besonders wichtig sind, hat das renommierte Meinungsforschungsinstitut Verian (ehemals Kantar) im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Dezember 2025 eine repräsentative Befragung von gut 1.000 Personen durchgeführt. Die Ergebnisse der Umfrage werden wir im Folgenden darstellen und interpretieren.

In einem ersten Schritt gehen wir jedoch kurz auf die Ausgangslage in Sachsen-Anhalt ein und tragen einige wichtige Befunde zur AfD in diesem Bundesland zusammen sowie Einschätzungen dazu, mit wel-

chen Folgen bei einer Regierungsübernahme bzw. -beteiligung der AfD zu rechnen wäre. Zu der schwierigen Ausgangslage in Sachsen-Anhalt gehört auch, dass wir es dort mit einem besonders weit nach rechts gerückten Landesverband der CDU zu tun haben, in dem der Umgang mit der AfD äußerst umkämpft ist. Während Sven Schulze, der Nachfolger des langjährigen Ministerpräsidenten Reiner Haseloff, erklärt hat, unter keinen Umständen mit der AfD koalieren zu wollen, werden die Stimmen der parteiinternen Gegner\*innen einer solchen Politik immer lauter. An die Darstellung der Umfrageergebnisse schließen sich Überlegungen an, was diese für die der Rosa-Luxemburg-Stiftung nahestehende Partei Die Linke bedeuten könnten. Es geht dabei vor allem um die Frage, ob Die Linke bei einem entsprechenden Wahlausgang eine CDU-geführte Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt tolerieren sollte, um eine Regierungsbeteiligung der AfD zu verhindern.

Aus Ergebnissen repräsentativer Umfragen wie der vorliegenden lassen sich nicht direkt politische Strategien ableiten. Dies wird in politischen Debatten gern vergessen, weil Zahlen eine Art Aura der Objektivität mit sich bringen. Sie ersetzen jedoch keineswegs eine sozialwissenschaftliche und politische Analyse, müssen vielmehr in diese eingebettet werden. Sie sind also in ihrer Aussagekraft beschränkt, können aber wichtige Hinweise für eine politisch informierte und abwägende Debatte liefern und somit zu ihrer Versachlichung beitragen. Wir hoffen, mit der vorliegenden Publikation einen konstruktiven Beitrag zu einer solchen Auseinandersetzung beizusteuern.

# 1 DIE AUSGANGSLAGE IN SACHSEN-ANHALT

Seit 2002 stellt die CDU in Sachsen-Anhalt den Ministerpräsidenten. Auch bei der letzten Landtagswahl 2021 wurde sie mit 37,1 Prozent aller Stimmen noch einmal die stärkste Partei. Weil eine Große Koalition mit 49 von 97 Sitzen im Landesparlament nur eine knappe Mehrheit gehabt hätte, bildete die CDU nach der Wahl zusammen mit der SPD und der FDP eine schwarz-rot-gelbe Koalition. Bereits 2021 kam die AfD in Sachsen-Anhalt auf 20,8 Prozent und wurde vor der Partei Die Linke (11 %) zur zweitstärksten Kraft. Von daher ist sie schon längst keine Protestpartei mehr. Bei den Kommunalwahlen 2024 war sie vielerorts stärkste Partei, errang Mandate in fast allen kommunalen Gremien. Zum Zeitpunkt der Entstehung dieser Publikation lagen ihre Umfragewerte für die anstehende Landtagswahl zwischen 39 und 40 Prozent.<sup>1</sup>

## 1.1 WIE RADIKAL IST DIE AfD IN SACHSEN-ANHALT?

Die AfD Sachsen-Anhalt ist ein besonders radikaler Landesverband. Vom Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt wird er als gesichert rechtsextrem eingestuft (vgl. Mayer 2025a). Seine führenden Köpfe wie sein Vorsitzender Martin Reichardt oder Ulrich Siegmund, Spitzenkandidat für die im September anstehende Landtagswahl, gelten als eng verbunden mit dem völkisch-nationalistischen «Flügel» der Partei, der formal aufgelöst wurde, praktisch aber weiterwirkt. Der Landesverband agiert zunehmend geschlossen als Teil des autoritären Projekts von Björn Höcke, in dem parlamentarische Mandate nur Mittel zum Zweck sind: Sie dienen der Demontage demokratischer Institutionen.

Die Wahlerfolge der AfD in Sachsen-Anhalt zeigen, dass ihre langfristigen Strategien aufgegangen sind. Auf kommunaler Ebene arbeitet die AfD daran, Strukturen zu übernehmen – nicht nur symbolisch, sondern machtpolitisch. Sie stellt Ausschussvorsitze, beeinflusst kommunale Haushalte, schränkt Förderprogramme für Antirassismus, Diversitätsarbeit oder Soziokultur ein. Ihr im Januar 2026 vorgelegter Entwurf für ein Wahlprogramm sieht in der Migrationspolitik sowie in der Demokratie- und der Kulturförderung einen radikalen Kurswechsel vor. Zentrales Leitmotiv ist

---

1 Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl\\_in\\_Sachsen-Anhalt\\_2026](https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Sachsen-Anhalt_2026)

die sogenannte Remigration.<sup>2</sup> Zugleich unterhält die Partei in Sachsen-Anhalt enge Kontakte zu extrem rechten außerparlamentarischen Akteuren, darunter die Identitäre Bewegung und das Netzwerk «Ein Prozent». Die Identitäre Bewegung betrieb kurze Zeit ein rechtes Hausprojekt in Halle (Saale), «Ein Prozent» organisiert Schulungen, Spendensammlungen und Propagandakampagnen, oft mit personeller Überschneidung zur AfD. Recherchen zu einer Einmietung in einer Villa in Schkopau 2024 lassen darauf schließen, dass rechte Netzwerke im Bundesland weiterhin Begegnungsorte und Kaderschulen unterhalten.

Burschenschaften wie die Germania Halle zu Leipzig stehen ebenfalls im engen Austausch mit der AfD. Auch hier erfolgt die ideologische Schulung künftiger Kader. Hinzu kommen rechte Medien wie das *Compact*-Magazin, das gezielt Verschwörungserzählungen, anti-queere Hetze und rassistische Inhalte verbreitet. Viele Akteure der Szene betreiben zusätzlich alternative Lokalblogs oder Telegram-Kanäle, mit denen sie eine Gegenöffentlichkeit aufbauen – ungefiltert, anonym, aggressiv. In Städten wie Burg, Magdeburg oder im Harz existieren außerdem klassische Neonazistrukturen, die Aufmärsche organisieren, paramilitärisch trainieren und mit Angriffen auf politische Gegner\*innen oder Geflüchtetenunterkünfte immer wieder Schlagzeilen machen. Die ohnehin verbreitete «reaktionäre (Selbst)Ermächtigung» könnte in eine offen gewaltförmige Alltagskultur übergehen (Candeias 2018), wobei Straftaten von einer zukünftigen radikal rechten Regierung unter Führung oder Beteiligung der AfD nicht oder nur eingeschränkt verfolgt oder von Teilen gar geduldet oder begrüßt würden.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Rolle rechter Influencer\*innen, digitaler Aktivist\*innen und sogenannter Heimatblogger\*innen, die Behörden anprangern oder das, was sie Genderideologie nennen, in Schulen entlarven wollen. Sie fungieren als Resonanzverstärker für das Narrativ der AfD: vom unterdrückten, patriotischen Volk, das sich gegen Eliten, Migration und Moderne zur Wehr setzen müsse.

Diese komplexe Gemengelage macht deutlich: Die Partei AfD ist keine demokratische Mitbewerberin unter vielen, sondern der parlamentarische Arm eines autoritären Projekts. Die gesellschaftliche Faschisierung in Sachsen-Anhalt ist das Ergebnis dieser Verschränkung von institutionel-

---

2 Vgl. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landtagswahl/afd-wahl-programmentwurf-102.html>

ler Politik, außerparlamentarischer Mobilisierung und digitaler Propaganda – legitimiert über Wahlstimmen, gestützt durch Diskursverschiebung, flankiert durch Gewalt (vgl. Taschke 2026).

## 1.2 MÖGLICHE FOLGEN EINER BETEILIGUNG DER AFD AN DER REGIERUNGSMACHT

Was wäre von einer Regierung, die sich aus einer radikalisierten Union und der AfD zusammensetzt, in Sachsen-Anhalt und anderswo zu erwarten? Zunächst würde die Partei Zugang zu Regierungsämtern und Verwaltungsapparaten erhalten und eine große Zahl von «autoritären Persönlichkeiten» (Adorno) in Positionen bringen. Es geht dabei um Minister\*innenämter, etwa für Inneres oder Bildung, sowie um die Posten von Richter\*innen bis hin zu denen von Polizei- und Gleichstellungsbeauftragten. Missliebige Personen könnten ihres Amtes enthoben oder in Misskredit gebracht werden. Sicher wäre die Einstellung der öffentlichen Förderung von zivilgesellschaftlichen, antifaschistischen und linken Projekten oder von (nicht-repressiven) Integrationshilfen für Geflüchtete sowie die Kriminalisierung des Protests gegen rechts.

Mit der Schwächung bzw. Vernichtung solcher Strukturen dürfte sich die rechte Hegemonie in Teilen Sachsen-Anhalts weiter verfestigen. Vermutlich würde versucht werden, Einfluss auf die Universitäten und Hochschulen zu nehmen, etwa durch Einmischung in die Besetzungspolitik oder die Einschränkung der Spielräume linker Hochschulgruppen. Demgegenüber könnten radikal rechte Thinktanks in den Genuss einer staatlichen Förderung gelangen, generell würden rechte Netzwerke in Polizei, Justiz, Verwaltung und Zivilgesellschaft massiv gestärkt werden. Die AfD würde sich an einem weitgehenden Umbau des Staates versuchen, der auch nach einer möglichen späteren Abwahl Bestand hätte (vgl. Semsrott 2024). Es wäre eine Illusion, darauf zu setzen, dass dies ja noch kein Faschismus ist und «wir» das schon überstehen. «Zunächst gibt es so etwas wie verschiedene Grade der Vulnerabilität. Die Migrant\*innen-Organisationen in Sachsen-Anhalt erleben einen ganz anderen Gegenwind von rechts als andere, die aber auch unter Druck stehen, wie etwa das Theater in Magdeburg», so David Begrich (Begrich/Proft 2026) von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. in Magdeburg im Interview mit der Zeitschrift *Luxemburg*. Auch linke Strukturen stehen bereits auf Listen der AfD, etwa die örtliche Landesstiftung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Viele werden also ganz direkt von einer Regierungsbeeiligung der AfD betroffen sein, sind es teilweise schon heute (Friedrich

2025). «Die AfD würde Sachsen-Anhalt in ein Labor für ihre rechtsautoritären Experimente verwandeln.» (Begrich/Proft 2026)

### 1.3 DIE STRATEGISCHE SACKGASSE DER CDU

Nun ist eine Regierungsbeteiligung noch längst nicht ausgemacht. Auch eine Minderheitsregierung der CDU wäre eine Option, toleriert von der AfD oder mit wechselnden Mehrheiten. Wie wahrscheinlich ist der Einriss der Brandmauer vonseiten der Union? In der Vergangenheit lehnte Ministerpräsident Reiner Haseloff stets jede Zusammenarbeit mit der AfD ab und konnte diese Position auf Landesebene auch durchsetzen. Als etwa 2020 der rechte CDU-Flügel drohte, gemeinsam mit der AfD gegen die geplante Erhöhung des Rundfunkbeitrags zu stimmen, führte dies zur Entlassung von Innenminister Holger Stahlknecht, der öffentlich die Option eines Koalitionsbruchs und die Bildung einer von der CDU geführten Minderheitsregierung in den Raum gestellt hatte.

Der neue CDU-Ministerpräsident Sven Schulze sagt, er wolle den von Haseloff vorgezeichneten Weg nicht verlassen: «Diese Partei [die AfD] darf niemals Verantwortung in der Staatskanzlei bekommen, und dafür werde ich kämpfen.» (Zit. n. Mayer 2025b) Ein AfD-Verbot soll dennoch nicht geprüft werden. Inzwischen gibt es im Landesverband der CDU etliche, die sich für eine Kooperation mit der AfD aussprechen, und lokal bereits auch verschiedene Formen der Zusammenarbeit. Das Burgenland, Wittenberg oder Mansfeld-Südharz zeigen, wie Teile der CDU über vermeintliche Sachpolitik den Schulterschluss mit der radikalen Rechten suchen.<sup>3</sup> Der Kreisverband Harz hat bereits einstimmig einen Beschluss gefasst, die CDU solle den Unvereinbarkeitsbeschluss mit der AfD aufheben (vgl. Taschke 2026). Das zeigt: Strategische Diskussionen laufen längst. Rechte Kräfte in der Union argumentieren, dass eine Zusammenarbeit mit der AfD im eigenen Interesse der CDU liege. Der sachsen-anhaltinische CDU-Landtagsabgeordnete Ulrich Thomas forderte im vergangenen Jahr die Bundespartei auf, den Unvereinbarkeitsbeschluss mit der AfD aufzuheben (Roßmann 2025). Man müsse sich nach anderen Mehrheiten umsehen, denn auf Dauer könne die CDU nicht nur mit links von ihr stehenden Parteien zusammenarbeiten, ohne ihre eigene freiheitliche und marktwirtschaftliche Identität zu riskieren. Zentrale politische Ziele der Christ-

---

3 Vgl. [www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/magdeburg/harz/cdu-kreisverband-ende-brandmauer-afd-102.html](http://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/magdeburg/harz/cdu-kreisverband-ende-brandmauer-afd-102.html)

demokraten ließen sich so nicht verwirklichen, so der Tenor des rechten Flügels der Union.

«Wenn es ohne AfD und Linke nicht geht, dann ist es vorbei», so eine Aussage von Sven Schulze (zit. n. Emmrich/Gaugele 2026). Dies verdeutlicht, in welcher strategischen Sackgasse sich die Union befindet. Vermutlich werden sich im Wahlkampf alle noch einmal hinter ihrem Kandidaten für das Ministeramt in Sachsen-Anhalt sammeln. Doch die Unruhe angesichts der zu erwartenden Lage nach der Wahl steigt und mit ihr das Drängen in eine andere Richtung. Ob die rechten Kräfte in der Union, die eine Regierungszusammenarbeit mit der AfD befürworten, um aus der Zwangsbindung an die SPD oder gar Die Linke herauszukommen,<sup>4</sup> sich in Sachsen-Anhalt werden durchsetzen können, wird sich voraussichtlich im komplizierten Handgemenge um die möglichen Optionen nach der Wahl entscheiden. Nach aktuellen Umfragen wird mit großer Wahrscheinlichkeit entweder eine Zusammenarbeit mit der Linken oder mit der AfD notwendig sein. Bei beiden hält die Union bisher an ihren Unvereinbarkeitsbeschlüssen fest. Am Tag seiner Wahl zum Regierungschef sagte Schulze aber auch: «Ich werde keine Minister der AfD oder der Linken ins Kabinett holen.» (Zit. n. ebd.) Das lässt Interpretationen zu und zumindest eine Hintertür für eine Minderheitsregierung offen.

---

4 Auch in der Bundespartei drängen einflussreiche Kräfte in eine solche Richtung. So stellt Andreas Rödder, Kanzlerberater und ehemals Vorsitzender der CDU-Grundwertekommission, die Abgrenzung zur AfD infrage. «Je höher man die Brandmauer gezogen hat, desto stärker ist die AfD geworden.» (Zit. n. Betschka u. a. 2025; vgl. ausführlich zu Rödders Strategie Becker 2024). Ähnlich sieht das Jens Spahn, auch Angela Merkels ehemaliger Generalsekretär Peter Tauber hält einen «neuen Umgang» mit der AfD für «staatspolitisch notwendig» – der bisherige Kurs sei gescheitert (zit. n. ebd.).

## 2 WAS DENKEN DIE POTENZIELLEN WÄHLER\*INNEN IN SACHSEN-ANHALT?

Was halten eigentlich die potenziellen Wähler\*innen von all dem? Wie hoch ist das Potenzial der Parteien in Sachsen-Anhalt derzeit? Wie sieht es insbesondere bei der Linken aus? Welche Regierungsoptionen halten die Befragten für wahrscheinlich? Hat beispielsweise eine Koalition aus CDU, SPD und BSW eine Chance oder doch eher eine Minderheitsregierung der Union? Und welche Konstellation würden die Befragten selbst befürworten? Wie wird die CDU im Land wahrgenommen – unterscheidet sie sich noch von der AfD, ist sie eine demokratische Alternative oder hat sie sich ihr angenähert und radikalisiert?

Wie steht es mit der Partei Die Linke – ist sie als Gegenpol zur AfD, als Pol eines sozialen Antifaschismus erkennbar? Und sollte sie dann eine Minderheitsregierung der CDU tolerieren oder eben nicht? Was denken dazu die potenziellen Wähler\*innen der Linken?

### 2.1 WÄHLER\*INNENPOTENZIALE DER PARTEIEN IN SACHSEN-ANHALT

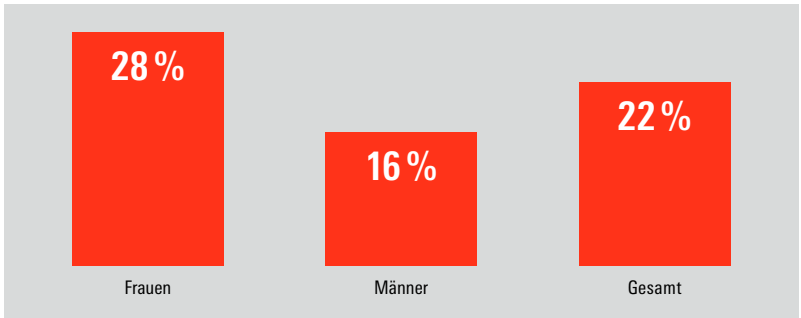
Bei der Frage «Welche Parteien können Sie sich vorstellen bei der nächsten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zu wählen?» gaben 22 Prozent der Befragten Die Linke an<sup>5</sup>. Das bedeutet: Gegenüber derzeitigen Umfragewerten um die 13 Prozent hat Die Linke durchaus eine Chance, mit ihrem mittlerweile bewährten Haustürwahlkampf und einer klaren Kommunikation als Gegenpol zur AfD und einem radikalisierten Konservatismus der CDU noch weitere Wähler\*innen zu mobilisieren.

Von Bedeutung ist, die AfD hat mit 42 Prozent das höchste Wähler\*innenpotenzial aller Parteien in Sachsen-Anhalt. In Umfragen scheint dieses Potenzial aber weitgehend abgeschöpft, ein weiteres Wachstum ist also in kurzer Frist nicht zu erwarten. Die stärkste Unterstützung erhält sie dabei von Befragten mit einem mittleren und sehr hohen Nettohaushaltseinkommen (jeweils 49%), etwas weniger von solchen mit niedrigem Einkommen

---

<sup>5</sup> Bei dieser Frage (Frage 1, siehe Anhang) waren Mehrfachnennungen möglich.

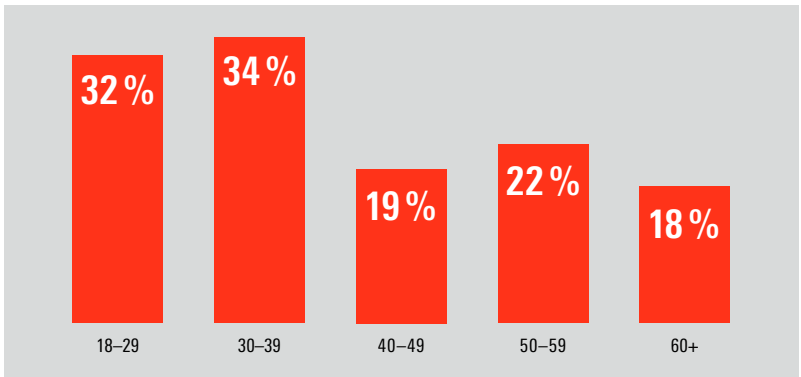
**Abbildung 1: Das Wähler\*innenpotenzial der Partei Die Linke in Sachsen-Anhalt nach Geschlecht**



(38%). Die CDU hat in diesem Zusammenhang mit 33 Prozent noch Potenzial, ebenso wie Die Linke (22%), um Wähler\*innen zu überzeugen.

Schwieriger scheint es für SPD, Bündnis 90/Die Grünen und BSW, die ihr Potenzial in Umfragen derzeit besonders schlecht ausschöpfen können. Die SPD (27%) und Bündnis 90/Die Grünen (16%) müssen trotz starker Potenziale um den Einzug in den Landtag fürchten. Das BSW liegt in Umfragen derzeit über 5 Prozent, kommt aber auch nicht annähernd an sein sehr hohes Potenzial (29%) heran und ist ebenso gefährdet, den Sprung in den Landtag zu verpassen.

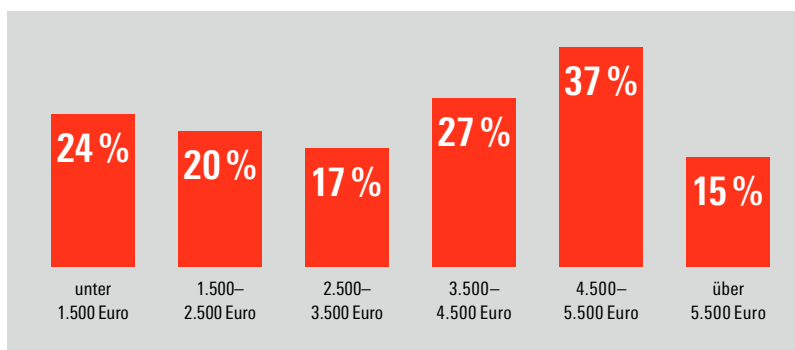
**Abbildung 2: Das Wähler\*innenpotenzial der Partei Die Linke in Sachsen-Anhalt nach Alter**



Auffällig ist wie bei der Bundestagswahl 2025 das überdurchschnittliche Potenzial der Linken bei jüngeren Wähler\*innengruppen (18 bis 39 Jahre). Auch bei dem Bildungshintergrund zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei der letzten Bundestagswahl: Personen mit hohen und mittleren Schulabschlüssen gaben deutlich häufiger an, sich vorstellen zu können, Die Linke zu wählen (29 bzw. 20%), als Personen mit niedrigen Schulabschlüssen (11%).

Anders als häufig angenommen hat Die Linke keineswegs nur Potenzial in den Städten. Den höchsten Wert (41%) ergab die Umfrage in Ortschaften mit unter 20.000 Einwohner\*innen, gefolgt von größeren Städten mit mehr als 100.000 Einwohner\*innen (28%). Das kleinste Wähler\*innenpotenzial hat Die Linke in Orten mit einer Einwohnerzahl zwischen 20.000 und 100.000 (14%). Besonders positiv stechen die kreisfreien Städte Halle (36%), Magdeburg (32%) und Dessau-Rosslau (26%) hervor, unterdurchschnittlich sind die Werte dagegen in Altmarkkreis/Salzwedel (12%), Saalekreis (15%) und Mansfeld/Südharz (18%). Alle anderen Regionen bewegen sich um 20 bis 24 Prozent für Die Linke.

### Abbildung 3: Das Wähler\*innenpotenzial der Partei Die Linke in Sachsen-Anhalt nach Einkommen



Potenzial hat Die Linke besonders bei Menschen mit mittleren bis hohen Einkommen und bei Menschen mit einem monatlichen Nettohaushaltseinkommen von unter 1.500 Euro. Menschen mit sehr hohen Einkommen können sich dagegen am wenigsten vorstellen, Die Linke zu wählen.

Wie üblich ist aber der Anteil der voraussichtlichen Nichtwähler\*innen, für die derzeit keine der zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt antretenden

Parteien infrage kommt, mit 23 Prozent überdurchschnittlich groß. Aus Nichtwählerbefragungen ist aber bekannt, dass viele dieser Menschen durchaus politisch interessiert und ansprechbar sind (Candeias 2025). Von daher wäre Die Linke in Sachsen-Anhalt mit derzeitigen Umfragewerten um die 13 Prozent gut beraten, wieder auf den mittlerweile bewährten Haustürwahlkampf zu setzen. Mit dieser Form der direkten Ansprache sowie einer klaren Kommunikation und Präsentation als Gegenpol zur AfD und einem radikalisierten Konservatismus der CDU besteht die realistische Chance, noch weitere bislang unentschiedene Wähler\*innen mobilisieren zu können.

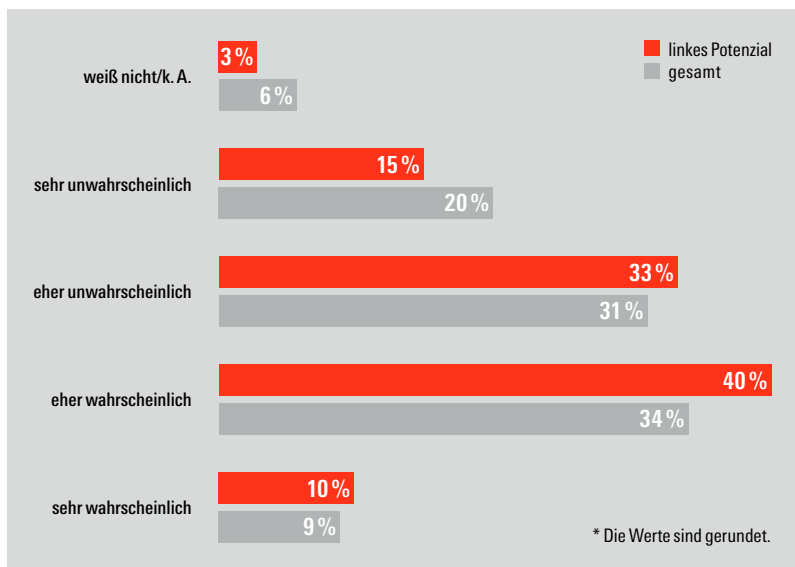
## 2.2 WELCHE REGIERUNGSOPTIONEN HALTEN DIE BEFRAGTEN FÜR WAHRSCHEINLICH UND WELCHE WÜNSCHEN SIE SICH?

Nur 25 Prozent aller Befragten erwarten eine förmliche Koalition von AfD und CDU nach der Wahl, eine große Mehrheit hält dies für eher bis sehr unwahrscheinlich. Bei den potenziellen Wähler\*innen der Partei Die Linke sind es 33 Prozent, die eine solche Koalition erwarten, bei denen von Bündnis 90/Die Grünen 34 Prozent. Eine von der CDU geführte Minderheitsregierung ohne die AfD, die aber durch die AfD toleriert wird, halten dagegen 43 Prozent aller Befragten für wahrscheinlich. Von den potenziellen Wähler\*innen der Partei Die Linke geht knapp die Hälfte von einem «Fall der Brandmauer» aus, bei den potenziellen SPD-Wähler\*innen sind es gar 56 Prozent, bei den potenziellen Wähler\*innen von Bündnis 90/Die Grünen sogar 63 Prozent. Auch 50 Prozent der potenziellen CDU-Wähler\*innen erwarten eine solche Kooperation mit der AfD. Bei der AfD hingegen sind es nur 39 Prozent, die deutliche Mehrheit von 57 Prozent erwartet eher keine Zusammenarbeit, was wenig überrascht. Denn schließlich hetzt die AfD gegen die von ihr so genannten «Kartellparteien» und geriert sie sich als «einzig wahre Opposition».

Von der Wahrscheinlichkeit einer Regierungskoalition aus CDU, SPD und BSW gehen nur 27 Prozent aller Befragten aus. Bei den potenziellen Wähler\*innen der CDU sind es etwas mehr (31 %), das trifft auch auf die potenziellen SPD- und BSW-Wähler\*innen zu (33 % bzw. 30 %). 70 Prozent der potenziellen AfD-Wähler\*innen halten eine solche Koalition für eher oder für sehr unwahrscheinlich.

**Zusammenfassend:** Am ehesten erwarten die Befragten nach der Wahl eine Minderheitsregierung der CDU, die von der AfD toleriert wird (43%).

**Abbildung 4: Antworten auf die Frage, für wie wahrscheinlich eine von der AfD tolerierte Minderheitsregierung nach der Landtagswahl 2026 in Sachsen-Anhalt gehalten wird**



Eher für unwahrscheinlich eingeschätzt werden eine Koalition aus CDU, SPD und BSW (27 %) ebenso wie eine CDU-AfD-Koalition (26 %). Knapp ein Drittel (32 %) der Befragten hält keine dieser Regierungskonstellationen für wahrscheinlich.

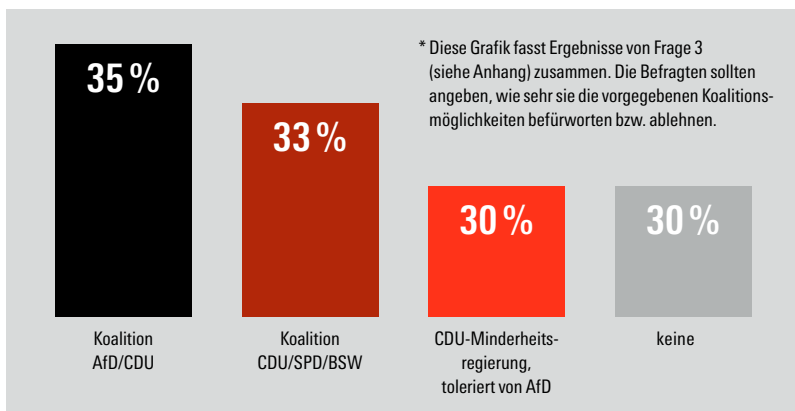
In der Umfrage wurde zudem danach gefragt, welche Regierungskonstellation die Befragten selbst bevorzugen würden. Eine förmliche Koalition von CDU und AfD wird mehrheitlich nur von potenziellen Wähler\*innen der AfD befürwortet, dafür mit 73 Prozent aber deutlich. Bei der CDU selbst sind es hingegen nur 24 Prozent, die eine solche Koalition für wünschenswert erachten. Potenzielle Wähler\*innen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken sind erwartungsgemäß fast komplett dagegen. Nur im Wähler\*innenpotenzial des BSW gibt es eine starke Minderheit von 44 Prozent, die eine solche Regierung befürworten würde. Insgesamt ist nur etwas mehr als ein Drittel (35 %) aller Befragten für eine solche Koalition.

Etwas weniger als ein Drittel (30 %) aller Befragten in Sachsen-Anhalt befürwortet eine von der CDU geführte Minderheitsregierung ohne die AfD,

die aber durch die AfD toleriert wird. Potenzielle Wähler\*innen der CDU wünschen sich immerhin zu 41 Prozent eine solche Minderheitsregierung der Union, 55 Prozent sind dagegen. Bei den potenziellen Wähler\*innen der AfD lehnt dies eine große Mehrheit von 67 Prozent deutlich ab. Bei SPD (37 %), BSW (30 %), Bündnis 90/Die Grünen (25 %) und Die Linke (26 %) sind es relevante bis kleine Gruppen, die eine solche Konstellation befürworten. Hierfür dürften zwei Motive ausschlaggebend sein: Alle anderen Optionen werden als schwieriger eingeschätzt, auch für die eigene Partei. Manche erhoffen sich ein Scheitern der AfD, wenn diese Verantwortung tragen muss, wollen die Partei aber nicht an den zentralen Schalthebeln von Ministerien sehen. Ansonsten lehnt eine Mehrheit der potenziellen Wähler\*innen dieser Parteien die Option einer von der AfD tolerierten Minderheitsregierung der CDU deutlich ab.

Eine Regierungskoalition aus CDU, SPD und BSW wird nur von 33 Prozent aller Befragten begrüßt. Auch für diese Option gibt es bei den potenziellen Wähler\*innen der CDU keine mehrheitliche Befürwortung (46% sind dafür, 50% dagegen). Die Optionen für die Union nach der Wahl sind also alles andere als klar. Dagegen befürwortet eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent aller potenziellen SPD-Wähler\*innen eine solche Koalition. Beim BSW sind es 40 Prozent (56% sind dagegen), während bei den potenziellen Linken- und Grünen-Wähler\*innen eine knappe Mehrheit (51 bzw. 52%) eine solche Regierungskonstellation klar befürwortet.

**Abbildung 5: Präferenzen aller Befragten für verschiedene Regierungskoalitionen, einschließlich einer von der AfD tolerierten CDU-Minderheitsregierung**



**Zusammenfassend:** Keine der abgefragten Optionen erreicht mehr als knapp ein Drittel an Zustimmung, am meisten noch eine AfD-CDU-Koalition (35%), vor einer Koalition aus CDU, SPD und BSW (33%) und einer Minderheitsregierung der Union, die von der AfD toleriert wird (30%). Ein knappes Drittel (30%) der Befragten spricht sich gegen jede dieser Optionen aus. Daraus kann geschlussfolgert werden: Trotz hoher Umfrage- und Zustimmungswerte der AfD wollen die Wähler\*innen in Sachsen-Anhalt mehrheitlich keine AfD an der Regierung. Sie sind jedoch auch mit jeder anderen der hier abgefragten Optionen unzufrieden oder erwarten sich nichts davon.<sup>6</sup>

## 2.3 EINSCHÄTZUNGEN DER BEFRAGTEN ZU CDU UND AFD

Die allgemeine Radikalisierung des Konservatismus der Union zeigt sich auch im CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt, in dem nicht wenige die Themensetzungen der AfD übernommen haben und eine Zusammenarbeit mit dieser Partei fordern (siehe oben). Insofern erscheint eine Positionierung der Partei Die Linke als Pol eines sozialen Antifaschismus gegen AfD wie CDU nur konsequent.

Wie sehen nun die Wähler\*innen das Verhältnis dieser beiden Parteien? Immerhin 39 Prozent aller Befragten sehen die CDU in Sachsen-Anhalt als demokratische Alternative zur AfD. Nur etwas weniger, nämlich 34 Prozent, meinen hingegen, in Sachsen-Anhalt hätten sich CDU und AfD inhaltlich so weit angenähert, dass sie sich eigentlich nur noch im Auftreten unterscheiden würden.

Hierbei weichen einige Wähler\*innengruppen vom Durchschnitt ab: So meinen deutlich mehr Männer (45%), CDU und AfD seien immer weniger voneinander zu unterscheiden, während Frauen (48%) die CDU eher noch als demokratische Alternative betrachten. Vor allem die Befragten zwischen 30 und 39 Jahren meinen, CDU und AfD hätten sich stark angeglichen, während 39 bis 42 Prozent der älteren Befragten die Union eher

---

6 Dahinter steht, so ein aktueller Befund des Sachsen-Anhalt-Monitors, auch eine generell eher negative Bewertung von Parteien. «Wenn es darum geht, zuzuhören oder die Wünsche der Bürger zu berücksichtigen, wird Politikern von drei Vierteln der Sachsen-Anhaltiner ein schlechtes Zeugnis ausgestellt: Mit 43 Prozent attestiert deutlich weniger als die Hälfte der Bevölkerung den Politikern, dass sie politische Entscheidungen erklären. Demnach ist das politische Responsivitätsgefühl der Einwohner Sachsen-Anhalts nicht breit ausgeprägt.» (Reimer-Gordinskaya u.a. 2025: 63)

als demokratisch einschätzen. Umso höher die Schulbildung, desto eher wird die CDU als zunehmend rechtspopulistisch und damit der AfD immer ähnlicher eingeschätzt. Bei Befragten mit hohen Schulabschlüssen sind es 54 Prozent, die so denken (gegenüber 28 % in dieser Gruppe, die das nicht so sehen). Besonders in der Hauptstadt Magdeburg (56 %), im Burgenlandkreis (48 %) und im Altmarkkreis/Salzwedel (46 %) dominiert die Sicht auf die CDU als rechtspopulistisch.

Im Wähler\*innenpotenzial der Linken findet sich eine Mehrheit von 53 Prozent, die zwischen CDU und AfD nur noch wenige Unterschiede ausmachen kann, nur ein Drittel sieht die CDU noch als demokratische Alternative zur AfD an. Noch etwas deutlicher, aber ähnlich sind die Zahlen bei den potenziellen Wähler\*innen der SPD (59 zu 23 %) sowie von Bündnis 90/Die Grünen (58 zu 26 %). Wenig überraschend sehen 59 Prozent der befragten potenziellen CDU-Wähler\*innen die Union als demokratische Alternative zur AfD, wobei immerhin 21 Prozent von ihnen so wie andere Wähler\*innengruppen kaum mehr Unterschiede zwischen beiden erkennen können.

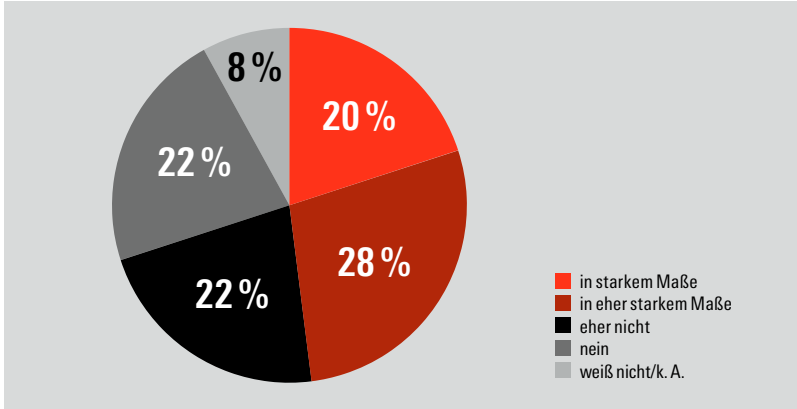
## **2.4 EINSCHÄTZUNGEN DER BEFRAGTEN ZUR ROLLE DER PARTEI DIE LINKE**

Wird demgegenüber die Partei Die Linke von den Befragten in Sachsen-Anhalt als politischer Gegenpol zur AfD bzw. als Pol eines sozialen Antifaschismus wahrgenommen? Immerhin 48 Prozent aller Befragten sehen dies in sehr starkem oder eher starkem Maße so (44 % sehen dies eher nicht oder nicht so). Bei den potenziellen Wähler\*innen der Linken sind es 73 Prozent, die die Partei als Gegenpol sehen, bei den potenziellen SPD- und Grünen-Wähler\*innen sind es immerhin noch 69 bzw. 63 Prozent.

Was bedeutet eine solche Positionierung? Die Linke gilt als Gegenpol zur AfD, will sich im Wahlkampf aber auch gegen einen radikalisierten Konservatismus der CDU wenden, wie er von einer klaren Mehrheit des linken Potenzials wahrgenommen wird. Sollte die Partei Die Linke also eine CDU-geführte Minderheitsregierung tolerieren, um eine Regierungsbeilegung der AfD zu verhindern?

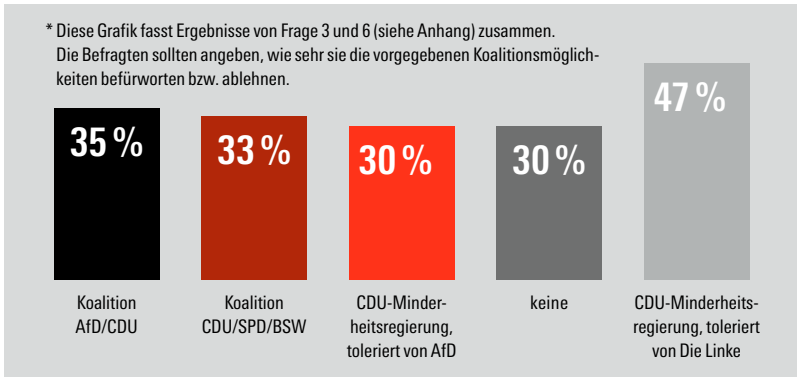
Fast die Hälfte der Befragten (47 %) meint, Die Linke sollte eine Minderheitsregierung der CDU tolerieren, 45 Prozent sind dagegen (wobei 32 % «auf keinen Fall» dafür wären, während nur 23 % «in jedem Fall dafür wären»). Etwas mehr Männer als Frauen sind für eine Tolerierung (59 vs. 57 %). Diese Zahlen sind aber nur bedingt aussagekräftig, weil auch die

**Abbildung 6: Antworten auf die Frage, inwieweit die Partei Die Linke in Sachsen-Anhalt als Gegenpol zur AfD bzw. als Pol eines sozialen Antifaschismus wahrgenommen wird**



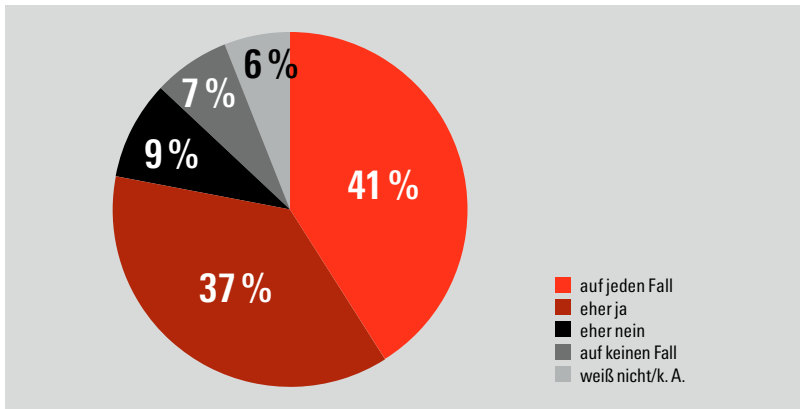
Antworten der vielen potenziellen AfD-Wähler\*innen in sie eingegangen sind. Dennoch: Diese Option ist unter allen Befragten die mit Abstand beliebteste aller Regierungskonstellationen unter denjenigen, die nach den derzeitigen Umfrageergebnissen möglich sind.

**Abbildung 7: Präferenzen aller Befragten für verschiedene Regierungskoalitionen, einschließlich einer von der Partei Die Linke tolerierten CDU-Minderheitsregierung**



Und wie stehen die potenziellen Wähler\*innen der Linken zu einer möglichen Tolerierung einer CDU-Minderheitsregierung? Ganze 78 Prozent sprechen sich dafür aus (siehe Abb. 8), während es im Lager der CDU immerhin noch fast zwei Drittel (63%) sind, die eine Tolerierung durch Die Linke befürworten. Bei den potenziellen SPD- und Grünen-Wähler\*innen sind 86 bzw. 85 Prozent dafür, beim BSW ist eine deutliche Mehrheit (63%) dagegen.

**Abbildung 8: Haltung der potenziellen Wähler\*innen der Linken zur Tolerierung einer CDU-Minderheitsregierung durch die Partei Die Linke**



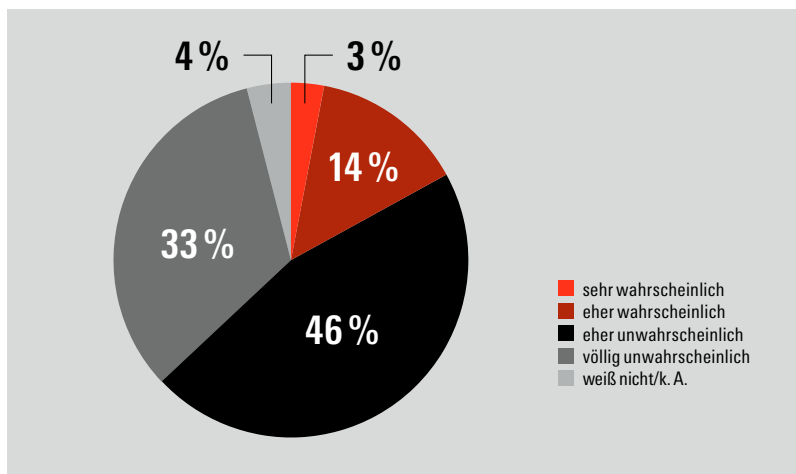
Hier ergibt sich ein Widerspruch, dem wir uns weiter unten noch widmen wollen: Zwar kann eine klare Mehrheit des linken Wähler\*innenpotenzials zwischen der AfD und der nach rechts gerückten CDU in Sachsen-Anhalt kaum noch einen Unterschied erkennen. Und doch möchte eine ebenso klare Mehrheit eine Minderheitsregierung ebendieser CDU durch Die Linke toleriert sehen.

## **2.5 EINSCHÄTZUNG ZU DEN WAHLCHANCEN VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Für die Frage der Regierungsbildung bzw. von Tolerierungsmodellen ist auch entscheidend, wie viele Parteien es in den Landtag von Sachsen-Anhalt schaffen werden. Insbesondere Bündnis 90/Die Grünen sind hier

mit aktuellen Umfragewerten von nur 3 Prozent stark gefährdet, an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern. Für wie wahrscheinlich halten es also die Befragten, dass die Grünen im September 2026 wieder in den Landtag einziehen werden? Nur 3 Prozent halten dies für sehr wahrscheinlich, 14 Prozent für eher wahrscheinlich. 79 Prozent halten dies für eher oder völlig unwahrscheinlich.

**Abbildung 9: Antworten auf die Frage, wie wahrscheinlich der Einzug von Bündnis 90/Die Grünen in den nächsten Landtag von Sachsen-Anhalt gehalten wird**



Auch bei SPD und BSW lassen die gegenwärtigen Umfragewerte von 7–8 bzw. 6 Prozent offen, inwieweit mit ihrem Einzug in den nächsten Landtag in Sachsen-Anhalt zu rechnen ist. Gerade wenn sich der Wahlkampf zuspitzt und eine Situation eintritt, in der insbesondere SPD- oder BSW-Wähler\*innen eher der CDU ihre Stimme geben, um sie gegen die AfD zu stärken, oder der Linken, um sie als sichtbaren Gegenpol zu stützen, könnte es für SPD und BSW im Kampf um die Fünf-Prozent-Hürde eng werden.

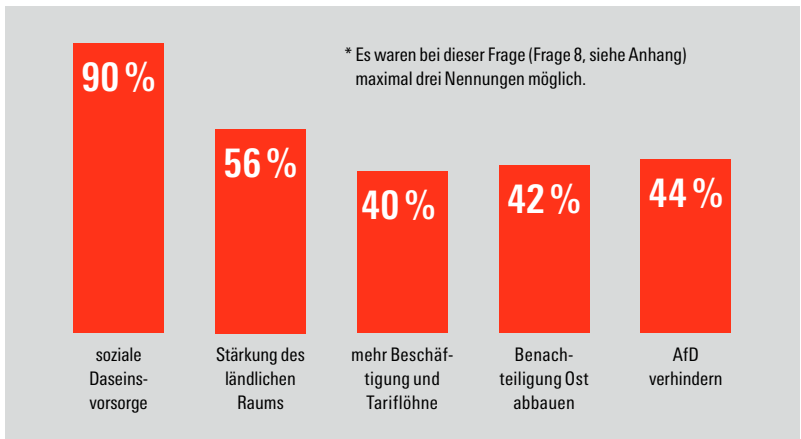
Bei einem Landtag ohne SPD und BSW besteht die Gefahr einer absoluten Mehrheit für die AfD. Wahrscheinlicher wäre dann aber eine Konstellation, in der jeweils nur zwei der drei im Landtag vertretenen Parteien regieren könnten, das spräche also für eine Zusammenarbeit von AfD und CDU

oder CDU und Die Linke. Auch wenn SPD und BSW beide im Landtag vertreten sein sollten, wäre eine Regierungsbildung ohne Unterstützung der Linken mehr als schwierig. Zu beiden Parteien, AfD wie Die Linke, hat die Union bisher einen Unvereinbarkeitsbeschluss. Einer (oder beide) würde(n) dann also fallen müssen.

## 2.6 POLITISCHE PRIORITÄTEN NACH THEMEN

Zum Abschluss wurden die Themen abgefragt, denen sich eine künftige Regierung nach Meinung der Befragten widmen sollte. Mit Abstand die meisten Nennungen erhielt die Stärkung der sozialen Daseinsvorsorge, wie etwa der Erhalt von Krankenhäusern. Dafür votierten 85 Prozent aller Befragten, gefolgt von der Stärkung des ländlichen Raums (61%), mehr Beschäftigung und tarifliche Löhne (46%) und Benachteiligung des Ostens abbauen (42%). Die Verhinderung einer Regierungsbeteiligung der AfD sehen nur 25 Prozent aller Befragten als entscheidend an. Eine leicht andere Priorisierung lässt sich bei den potenziellen Wähler\*innen der Linken erkennen: Auch hier steht an oberster Stelle die Stärkung der sozialen Infrastrukturen (90%), gefolgt von der Stärkung des ländlichen Raums (56%), auf dem dritten Platz befindet sich jedoch mit 44 Prozent die Verhinderung einer AfD-Regierungsbeteiligung.

**Abbildung 10: Die wichtigsten Regierungsaufgaben aus Sicht der potenziellen Wähler\*innen der Partei Die Linke**



# 3 AUSWERTUNG UND INTERPRETATION DER UMFRAGE-ERGEBNISSE

## 3.1 DILEMMATA POLITISCHER STRATEGIE

Ist ein Sieg der AfD in Sachsen-Anhalt unvermeidlich? «Unvermeidlich? Nein. Die AfD tut in ihrer politischen Kommunikation viel dafür, ihren politischen Gegnern psychologisch den Eindruck zu vermitteln, es gäbe eine Unausweichlichkeit ihres Wahlerfolges. Diese Suggestion, die die Partei über soziale Netzwerke verbreitet, ist aber vor allem an ihre Kernanhängerschaft adressiert. Auch die AfD muss Wahlen gewinnen, nicht Umfragen. Die AfD setzt darauf, ihre Gegner zu lähmen», so David Begrich (Begrich/Proft 2026). Es lohnt sich also in jedem Fall, engagiert Wahlkampf zu betreiben und sich intensiv mit den solidarischen Teilen der Zivilgesellschaft zu vernetzen, um einen möglichst großen Block gegen rechte Mehrheiten zu erringen, im Parlament wie in der Gesellschaft.

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, lassen sich aus Ergebnissen repräsentativer Umfragen wie der vorliegenden nicht einfach politische Strategien ableiten. Dies wird in politischen Debatten gern vergessen, weil Zahlen eine Art Aura der Objektivität mit sich bringen. Sie ersetzen jedoch keineswegs eine sozialwissenschaftliche und politische Analyse, müssen vielmehr in diese eingebettet werden. Sie sind also in ihrer Aussagekraft beschränkt, können aber wichtige Hinweise für eine politisch informierte und abwägende Debatte sein, zur Versachlichung beitragen. Dies wollen wir – mit aller Vorsicht und Vorläufigkeit – hier versuchen. Die Umfrage lässt sich sicher auch anders interpretieren. Wir legen im Folgenden unsere Überlegungen vor.

Auch wenn wir an dieser Stelle den Schwerpunkt auf die Frage legen, wie sich Die Linke vor und nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt verhalten sollte, und nicht im Einzelnen die Optionen der anderen Parteien diskutieren wollen, ist klar: Wie auch immer sich die Union entscheiden wird, hat dies natürlich auch Konsequenzen für die Strategie und Taktik der Linken. Wir haben bereits geschildert, in welchen Widersprüchen sich derzeit die CDU bewegen muss: starke Kräfte, die auf eine Annäherung und Zusammenarbeit mit der AfD drängen, ein alter und ein neuer Ministerpräsident, der das explizit ausschließt, ebenso wie Bundeskanzler Merz. Zugleich gibt es jedoch einen Unvereinbarkeitsbeschluss nicht nur

hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der AfD, sondern auch in Bezug auf Die Linke, während eine Mehrheit des eigenen Wähler\*innenpotenzials die Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke in Sachsen-Anhalt für nötig hält.

Auch die Dilemmata für Die Linke sind nicht zu unterschätzen. Obwohl «Linke und CDU programmatisch nicht zueinander» gehören, fühlt sich Die Linke dazu «verpflichtet, das Land vor der AfD zu schützen», so ihre Spitzenkandidatin in Sachsen-Anhalt Eva von Angern (zit. n. Lasch 2026). «Die Linke muss daher einer doppelten Herausforderung begegnen, die AfD wirksam von der Macht fernzuhalten, ohne das Projekt, eine glaubwürdige, veränderungsfähige Kraft im Osten zu werden, zu gefährden. Misslingt dieser Balanceakt, droht auf beiden Seiten Schlimmes.» (Borchardt 2026) Die AfD auch nur in die Nähe der Regierungsmacht zu lassen, hätte direkte Konsequenzen für viele Menschen im Land, die eh schon unter der Rechtsverschiebung und Gewalt im Alltag leiden. Ein «Bündnis aller Demokraten» in Form einer Allparteienkoalition, inklusive der Union, das den neoliberalen Status quo nur verwaltet oder beschweigt und weitere Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich vornimmt, wäre aber ebenso «eine Sackgasse» (Becker 2025).

Die Linke muss also mit dem Widerspruch umgehen, dass einerseits die CDU in Sachsen-Anhalt so weit rechts steht, dass eine deutliche Mehrheit ihrer potenziellen Wähler\*innen kaum noch einen Unterschied zwischen CDU und AfD wahrnehmen kann, während sie andererseits alles versuchen muss, um die AfD fern der Regierungsmacht zu halten – weswegen ebenfalls eine deutliche Mehrheit des linken Wähler\*innenpotenzials dafür ist, eine Minderheitsregierung der CDU zu tolerieren.

### **3.2 OPTIONEN FÜR DIE LINKE: «KONSTRUKTIVE OPPOSITION» UND ORGANISIERENDE PARTEI**

Welche Optionen hat nun Die Linke? Die Debatte über die parlamentarische Strategie der Partei für die Zeit nach der Wahl scheint auf das Angebot einer «konstruktiven Opposition» (wie es Christian Schafft einst für Thüringen formulierte) hinauszulaufen. Was bedeutet das? Ein offenes Angebot, einem CDU-Ministerpräsidenten ins Amt zu helfen und bei entscheidenden Parlamentsabstimmungen (etwa über den Haushalt) oder über sinnvolle soziale und andere Maßnahmen eine entsprechende Minderheitsregierung der CDU (mit oder ohne SPD und BSW) zu unterstützen – und so die AfD zu isolieren. Keine formelle Tolerierung (gar mit Ver-

trag wie in Portugal; vgl. Candeias 2022), sondern Zustimmung nur zu bestimmten Maßnahmen, sofern sie mit den Prinzipien der Linken vereinbar sind. Diese Option favorisiert auch der Linken-Vorsitzende Jan van Aken (vgl. Lasch 2026). «Kitas kostenfrei zu machen, Demokratieprojekte zu retten, Krankenhäuser zu finanzieren, die Konjunktur durch Förderprogramme anzukurbeln – all das sind Themen, wo wir als Opposition konstruktiv mitarbeiten können und wollen. Dabei haben wir ganz klar definierte rote Linien, für Dinge, die wir nicht mittragen werden», formuliert Eva von Angern (2026).

Wulf Gallert, Landtagsabgeordneter der Linken und Vizepräsident des Landtages in Sachsen-Anhalt, interpretiert die Ergebnisse etwas anders: «Ganz offensichtlich zeigen die Umfrageergebnisse einen sehr realistischen Blick des linken Wählerpotenzials auf die aktuelle politische Situation im Land. Einerseits wird die inhaltliche Annäherung der CDU an die AfD erkannt, andererseits besteht eine große Offenheit für eine Tolerierung einer CDU-geführten Landesregierung durch Die Linke, um eine Beteiligung der AfD an der Macht zu verhindern. In Auswertung der früheren Erfahrungen einer achtjährigen Tolerierung einer Minderheitsregierung der SPD durch die PDS kann eine solche Konstellation nur auf einer vertraglich vereinbarten Grundlage Bestand haben. Darin muss zumindest enthalten sein, dass Mehrheiten nicht mit der AfD gesucht werden und Projekte und Status-quo-Sicherungen gegenüber der Linken garantiert werden. Potenziale einer solchen Kooperation sind zweifellos durch die großen Unterschiede zwischen CDU und Linken beschränkt. Andererseits belegt die hohe Akzeptanz einer solchen Kooperation mit der CDU im linken Potenzial sowie die relativ hohe Akzeptanz in der gesamten Wählerschaft durchaus die Chancen dieser Option, die von allen darin tätigen Akteuren sehr viel abverlangt.»<sup>7</sup>

Wie immer sich die Partei entscheiden wird: Sie wird ein hohes Maß an strategischer und taktischer Klarheit und Klugheit benötigen, um das Beste aus der extrem komplizierten und bedrohlichen Situation herauszuholen. Blicken wir in ein benachbartes Bundesland: In Sachsen wird eine Minderheitsregierung von CDU und SPD bereits von der Linken und Bündnis 90/Die Grünen toleriert. Bisher hat das der dortigen Linken nicht geschadet, was aber eher am allgemeinen Aufwind der Partei im Bund und im Land liegen mag und weniger an der schwierigen Kompromissbil-

---

7 Kommentar anlässlich einer persönlichen Besprechung der vorliegenden Ergebnisse dieser Befragung am 30.1.2026.

derung mit der Regierung. Hinter der Entscheidung, die CDU-SPD-Minderheitsregierung in Sachsen zu tolerieren, stand nicht nur die Absicht, die AfD von der Macht fernzuhalten, sondern auch der Wunsch, noch schlimmere Kürzungen im Landeshaushalt zu verhindern. Tatsächlich sieht der Haushaltsentwurf der CDU-SPD-Koalition 240 Milliarden Euro mehr für den Bildungs-, Sozial- und Umweltbereich vor. Damit konnte ein Haushaltsnotstand abgewendet werden, der viele Projekte im Land die Existenz gekostet hätte.

Es wäre also sinnvoll, einige wenige, aber klare Vorhaben für Sachsen-Anhalt zu benennen, die Die Linke umsetzen will, symbolisch wichtige Projekte, die im Alltag der Menschen einen Unterschied und zugleich die Partei im Land erkennbar machen. Mindestbedingungen (Brie/Candeias 2016) oder Wendepunkte (Goes 2022) wurde dies in früheren Debatten genannt. Es wird auch deutlich: So wichtig es für das linke Wähler\*innenpotenzial sein mag, die AfD von der Regierungsverantwortung fernzuhalten, noch viel wichtiger sind Erhalt und Stärkung der sozialen Infrastrukturen generell und insbesondere im ländlichen Raum. Spitzenkandidatin Eva von Angern will diese Themen deswegen auch ins Zentrum des linken Wahlkampfes stellen und verbindet dies zugleich mit der «Verteidigung unserer Menschenrechte, unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates».<sup>8</sup> Was könnte also so ein erkennbares und symbolisch wichtiges Projekt in diesem Feld sein? Das muss natürlich die Partei in Sachsen-Anhalt selbst entwickeln.

Nicht zustimmungsfähig wären aus unserer Sicht neben dem weiteren Abbau von Sozialleistungen und Privatisierungen sowie Kürzungen bei Demokratieprojekten, der Geflüchtetenhilfe oder Antifa-Strukturen selbstverständlich Verschärfungen der Asyl- und Migrationspolitik oder generell Beschlüsse und Maßnahmen, die die Entwicklung nach rechts immer weiter verstärken. Eine Voraussetzung für eine Tolerierung vonseiten der Linken wäre auch, dass die CDU die Brandmauer zur AfD aufrecht erhält und keine wechselnden Mehrheiten sucht.

Problematisch ist: In den Ost-Landesverbänden der Union, die sich teilweise offen zur AfD hinwenden, und in der Merz-Union gibt es aber keine Anzeichen für ein Abrücken vom Ziel einer spätneoliberalen Offensive, auch in Sachsen-Anhalt nicht. Im Gegenteil. Diese mitzutragen würde

---

8 Zit. n. [www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landtagswahl/linke-landesparteitag-leunawahl-spitzenkandidatin-von-angern-100.html](http://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landtagswahl/linke-landesparteitag-leunawahl-spitzenkandidatin-von-angern-100.html)

die Glaubwürdigkeit der Partei Die Linke massiv beschädigen. Die Partei müsste also zwei Dinge bewerkstelligen: sichtbare Projekte durchsetzen, die zeigen, «die Linke wirkt», und klare Grenzen für die Zustimmung zu einer CDU-Minderheitsregierung festlegen, deren Überschreitung auch zur Aufkündigung der Unterstützung führen muss.

Das ist keine Kleinigkeit: Denn selbst wenn die CDU sich für eine Zusammenarbeit mit der Linken öffnen sollte, wird sie doch zentrale Punkte ihrer Agenda durchsetzen wollen und müssen, um ihr Profil zu erhalten. «Mehr Lehrer» und ein garantierter Ausbildungsplatz für jeden sind noch keine ausreichenden Schnittmengen, wenn im Vordergrund doch die Haushaltskonsolidierung steht und eben nicht Investitionen in die sozialen Infrastrukturen. Über Migration spricht Schulze nicht. Immerhin. Aber über eine effizientere Verwaltung. Gemeint ist damit «Entbürokratisierung» (meist ein Tarnwort für die Senkung von Standards und Rechten).<sup>9</sup> Sven Schulzes Versprechen als neuer Ministerpräsident lautet vor allem «Stabilität und keine Experimente» (zit. n. Ulman 2025), also Fortführung des bisherigen Haseloff-Kurses. Bislang konnte die Regierung der fortschreitenden Deindustrialisierung im Land aber nur wenig entgegensetzen. Dafür steht auch die teure und letztes Jahr doch gescheiterte Ansiedlung des Chip-Herstellers Intel.<sup>10</sup> Statt konkreter Vorhaben fordert Sven Schulze «mehr Polizei» oder macht Schlagzeilen mit der Forderung nach Einführung einer «Bürgerarbeit» als Dienstpflicht für Empfänger\*innen staatlicher Leistungen – die freilich nur auf Bundesebene umsetzbar wäre, aber den Ton für den Wahlkampf setzt: «Wer hier 40 Stunden arbeitet, will nicht sehen, dass ein anderer, der nicht arbeitet, ähnlich viel vom Staat bekommt.»<sup>11</sup>

Diese Ausrichtung wird kaum auf Zustimmung der Linken treffen. Das heißt, die CDU kann entweder nur wenig durchsetzen, kann nur verwalten oder sie wird sich gezwungen sehen, auf wechselnde Mehrheiten zu setzen – sicher nicht in offener Zusammenarbeit mit der AfD, aber doch, wenn sich eine solche Mehrheit im Parlament eben «ergibt». Sven Schulze meinte nach der gemeinsamen Abstimmung von Union und AfD im

---

9 Etwa die Abschaffung des speziellen Klagerechts für Verbände aus dem Natur- und Umweltschutz, um Infrastrukturprojekte wie den Ausbau der A36 und der A4 auf sechs Spuren zügiger umsetzen zu können.

10 Es flossen 250 Millionen Euro an Landesmitteln für Kauf und Erschließung der Flächen, für den Bau waren weitere 9,9 Milliarden Euro an Bundesförderung vorgesehen, knapp ein Drittel der geplanten Baukosten (vgl. Lasch 2025).

11 Zit. n. [www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/sven-schulze-in-sachsen-anhalt-fordert-dienstpflicht-fuer-leistungsempfaenger-a-b5bc37fa-927c-4e80-b24d-6f484b17f4cf](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/sven-schulze-in-sachsen-anhalt-fordert-dienstpflicht-fuer-leistungsempfaenger-a-b5bc37fa-927c-4e80-b24d-6f484b17f4cf)

Bundestag im Januar 2025, damals noch als CDU-Landeschef: «Aus meiner Sicht muss sich bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Deutschland dringend etwas ändern. Insbesondere nach den Anschlägen von Magdeburg und Aschaffenburg. Die Bürger sind es leid, aus Berlin immer nur Betroffenheitsrhetorik zu hören, ohne dass sich substantziell etwas ändert. Deshalb unterstütze ich die Vorschläge von Friedrich Merz.» Und weiter zur Abstimmung mit der AfD: «Richtige Anträge werden nicht automatisch falsch, weil ihnen die Falschen zustimmen.» (Zit. n. Walter/Gruhnke 2025) Eine gewisse Flexibilität in der Argumentation ist also vorhanden.

Letzteres, eine informelle Zusammenarbeit mit der AfD, wiederum kann Die Linke nicht dulden. Sie würde dies notwendig skandalisieren und ihre «konstruktive Opposition» infrage stellen müssen. Auch eine Blockade aller linken Mindestprojekte oder «Wendepunkte» wäre ein Grund für die Partei, die Minderheitsregierung nicht länger zu unterstützen. Insofern würde eine klare Benennung von solchen Projekten oder Indikatoren bzw. Rückfalllinien der Linken in Sachsen-Anhalt eine hilfreiche Handlungsorientierung auf diesem schwierigen Terrain bieten. Die Linke hätte in beiden Fällen zwar gute Argumente, dass nicht sie, sondern die CDU die Grundlagen der Zusammenarbeit zerstört hätte und damit die Minderheitsregierung ohne *demokratische* Mehrheit im Parlament dastünde. Die Folgen wären jedoch gravierend: entweder parlamentarischer Stillstand, baldige Neuwahlen oder doch eine Zusammenarbeit der Union mit der AfD. Aus Neuwahlen würde vermutlich die CDU geschwächt und die AfD gestärkt hervorgehen, soweit dies heute überhaupt vorherzusehen ist.

Die Linke hat nicht nur die Verantwortung, kurzfristig rechte Mehrheiten zu verhindern, sondern auch mittel- und langfristige, und dabei entsprechende gesellschaftliche und Parteistrukturen aufzubauen und zu stärken. Es ist wenig gewonnen, wenn die AfD zwar verhindert, aber durch eine Politik des «Weiter so» nur noch stärker wird. «Eine AfD-Regierungsbeteiligung zu verhindern ist notwendig, darf aber nicht um den Preis passieren, dass Kürzungspolitiken mitgetragen oder legitimiert werden. Die Linke muss deutlich machen, dass Antifaschismus untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit verbunden ist. Wer Sozialabbau, Prekarisierung und Ausgrenzung akzeptiert, bereitet rechten Kräften langfristig den Boden – auch dann, wenn sie formal nicht an der Regierung beteiligt sind. Von der Linken erwarte ich daher, dass sie sich nicht in Koalitionen drängen lässt, die Kürzungen verwalten oder eine weiter nach rechts gerückte CDU politisch stabilisieren.» (Begrich/Proft 2026) «Und mehr denn je muss [Die Linke] als eine Kraft erkennbar bleiben, die nicht käuflich ist, sondern durch und durch aufrichtig», denn: «Der Aufbau einer linken Gegenmacht

im Osten ist ein fragiler Vorgang, der Rechtsruck und die politische Frustration der Menschen sitzen tief. Daher darf Die Linke es sich nicht erlauben, ihre Chancen zu verspielen – sonst droht ein Szenario, in dem eine faschistische AfD an die Macht gelangt, ohne dass ihr eine sozialistische Partei die Stirn bietet.» (Borchardt 2026)

### **Die Linke als Pol eines sozialen Antifaschismus bzw. als organisierende Partei**

Jenseits dieser schwierigen strategischen und taktischen Fragen gilt aber: «Die Linke muss vor Ort sein – gerade auch im ländlichen Raum – und dort dauerhaft ansprechbar bleiben, nicht nur im Wahlkampf.» Sie muss die Partei sein, «die sich um die Menschen kümmert, die unter einem ungerechten System leiden. Das heißt, soziale Sicherheit, bezahlbares Wohnen, gute Löhne, funktionierende Daseinsvorsorge und echte Teilhabe konsequent in den Mittelpunkt zu stellen. Gerade für den ländlichen Raum braucht es dafür konkrete, alltagstaugliche Lösungen – etwa bei Mobilität, medizinischer Versorgung, Bildung und Infrastruktur – und diese dürfen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entwickelt werden. Die Betroffenen müssen aktiv einbezogen werden. Kurz gesagt: Die Linke muss Opposition und Schutzmacht zugleich sein – konsequent antifaschistisch, sozial verbindlich, vor Ort präsent und offen für Erneuerung.» (Begrich/Proft 2026) Oder zusammengefasst: Sie muss eine glaubwürdige antifaschistische und solidarische Alternative sein. Das ist sie in vielen Fällen in Sachsen-Anhalt bereits. Vorhandene Ansätze in diese Richtung wären zu vertiefen und zu verallgemeinern. Das sieht auch der Vorsitzende des Landesverbands Sachsen-Anhalt Hendrik Lange so, der im Wahlkampf verstärkt auf direkte Gespräche setzen will.<sup>12</sup> «Wir wollen wissen, was dich in deinem Alltag belastet und was sich dringend ändern muss», formuliert der Landesverband der Linken (Angern von/Lange 2026).

Und darüber hinaus braucht es schon jetzt den Aufbau gesellschaftlicher Allianzen eines sozialen Antifaschismus, die vor Wahlen, aber auch danach mit Mut zur Konfrontation mit der radikalen Rechten, aber auch mit den Ursachen der Faschisierung Netzwerke zur Verteidigung einer demokratischen und solidarischen Lebensweise in diesem Land knüpfen (Can-

---

12 Zit. n. [www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landtagswahl/linker-landesparteitag-leunawahl-spitzenkandidatin-von-angern-100.html](http://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landtagswahl/linker-landesparteitag-leunawahl-spitzenkandidatin-von-angern-100.html)

deias 2024 u. 2026). Es gibt demokratische Kerne: antifaschistische Jugendzentren, migrantische Selbstorganisationen, kommunale Bündnisse gegen rechts etc. In Halle, Dessau, Magdeburg, Stendal oder in ländlichen Regionen wie der Altmark entstehen Räume des solidarischen Miteinanders. Antifaschismus ist dort lebendig, wo konkrete Hilfe organisiert wird, wo Bildungsarbeit stattfindet, wo Netzwerke der Solidarität aufgebaut werden.

Mehr noch: «Es gibt einen Formierungsprozess von Bündnissen wie «Sachsen-Anhalt weltoffen» und anderen, die sich auf den Weg machen, ihre Sichtbarkeit zu stärken, den Fokus von der Fixierung auf die AfD wegzulenken und sich solidarisch in Beziehung zu setzen. Die Bewährungsprobe kommt dann», so David Begrich, «nach den Wahlen, wenn die Angriffe gegebenenfalls noch einmal ein anderes Niveau erreichen.» (Begrich/Proft 2026) Die Linke ist und muss Teil solcher Bündnisse sein, muss dort präsent sein, wo Menschen angegriffen werden: in queeren Treffpunkten, in migrantischen Communitys, in ländlichen Räumen. Sie muss konkret Solidarität organisieren – mit Betroffenen rechter Gewalt, mit der Zivilgesellschaft, mit antirassistischen und antifaschistischen Gruppen. Antifaschismus ist keine Parlamentsrede, sondern Praxis (Taschke 2026). Die Linke darf sich nicht auf Parteipolitik beschränken. Es geht um eine gesellschaftliche Gegenmacht: in Gewerkschaften, in Schulen, in Nachbarschaften, in sozialen Zentren. Eine starke Linke entsteht nicht im Plenarsaal, sondern durch Organisation von unten. Dabei sind politische Bildung, Vernetzung, Konfliktbereitschaft und Solidarität die zentralen Mittel.

# LITERATUR

**Angern, Eva von (2026):** Nahbar gegen rechts, in: LuXemburg Online, Februar [im Erscheinen]

**Angern, Eva von/Lange, Hendrik (2026):** Sven Schulze startet mit Wortbruch ins Amt – Linke fordert mehr soziale Gerechtigkeit, Die Linke Sachsen-Anhalt, 28.1.2026, <https://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/aktuell-1/detail/news/sven-schulze-startet-mit-wortbruch-ins-amt-linke-fordert-mehr-soziale-gerechtigkeit/>

**Becker, Lia (2024):** Deutschland am Kipppunkt. Blockierte Transformation, das Merz-Projekt und die Gefahr der Faschisierung, in: LuXemburg 2/2024, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/am-kipppunkt-becker/>

**Becker, Lia (2025):** Der Horizont eines sozialen Antifaschismus. Neoliberale Faschisierung und das Momentum der Linken, in: LuXemburg 1/2025, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/der-horizont-eines-sozialen-antifaschismus/>

**Begrich, David/Proft, Leila (2026):** «Die Linke muss deutlich machen, dass Antifaschismus untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit verbunden ist.» Wie dem rechten Vormarsch auf Landesebene begegnen?, Ein Gespräch, LuXemburg Online, Februar 2026, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/interview-brandmauer/>

**Betschka, Julius/Debes, Martin/Medick, Veit/Rosenkranz, Jan (2025):** Brandmauer. Wie die CDU hinter den Kulissen an einem neuen AfD-Kurs arbeitet, Stern Online, 15.10.2025, [www.stern.de/politik/brandmauer-und-cdu--wie-die-partei-an-einem-neuen-afd-kurs-arbeitet-36128994.html](http://www.stern.de/politik/brandmauer-und-cdu--wie-die-partei-an-einem-neuen-afd-kurs-arbeitet-36128994.html)

**Borchardt, Marlen (2026):** Herausforderungen Der Linken im Osten, LuXemburg Online, Januar 2026, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/herausforderungen-linke-im-osten/>

**Brie, Michael/Candeias, Mario (2016):** Rückkehr der Hoffnung. Für eine offensive Doppelstrategie, in: LuXemburg 3/2016, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/rueckkehr-der-hoffnung/>

**Candeias, Mario (2018):** Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, [www.rosalux.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung/](http://www.rosalux.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung/)

**Candeias, Mario (2022):** Portugal: Regierung gegen die Austerität. Bilanz zum Ende des Tolerierungsmodells, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, <https://rlp.rosalux.de/publikation/id/45869/portugal-regierung-gegen-die-austeritaet>

**Candeias, Mario (2024):** Monster verstehen. Wechselwirkung von Faschisierung und blockierter Transformation, in: Becker, Lia/Candeias, Mario (Hrsg.): Vom Horror zur Hoffnung. Strategien gegen blockierte Transformation und Faschisierung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 7–42, [www.rosalux.de/publikation/id/52656/vom-horror-zur-hoffnung](http://www.rosalux.de/publikation/id/52656/vom-horror-zur-hoffnung)

**Candeias, Mario (2025):** Faschisierung an der Macht. Von Trump und Meloni zu Merz, in: LuXemburg Online, April 2025, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/faschisierung-an-der-macht/>

**Candeias, Mario (2026):** Das politische Feld nach links verschieben. Bedingungen und Schwierigkeiten einer antifaschistischen Volksfront, in: LuXemburg 1/2026, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/das-politische-feld-nach-links-verschieben/>

**Emmrich, Julia/Gaugele, Jochen (2026):** Neuer Ministerpräsident. «Ich werde keine Minister der AfD oder der Linken ins Kabinett holen», in: Berliner Morgenpost, 28.1.2026, [www.morgenpost.de/politik/article410945015/sven-schulze-cdu-sachsen-anhalt-afd-ministerpraesident.html](http://www.morgenpost.de/politik/article410945015/sven-schulze-cdu-sachsen-anhalt-afd-ministerpraesident.html)

**Friedrich, Sebastian (2025):** Fünf Gründe, warum ein Verbot der AfD so falsch ist wie deren Normalisierung, in: der Freitag, 3.7.2025.

**Goes, Thomas (2022):** Was tun, um den Kompass neu auszurichten?, in: LuXemburg Online, Januar 2022, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/was-tun-um-den-kompass-neu-auszurichten/>

**Hesse, Michael (2025):** Politikwissenschaftler Thomas Biebricher: «Eine Koalition mit der AfD wäre das Ende der Union», in: Frankfurter Rundschau, 9.5.2025, [www.fr.de/kultur/gesellschaft/der-politikwissenschaftler-thomas-biebricher-ueber-strategischen-fehler-von-friedrich-merz-die-ambitionen-von-jens-spahn-93724135.html](http://www.fr.de/kultur/gesellschaft/der-politikwissenschaftler-thomas-biebricher-ueber-strategischen-fehler-von-friedrich-merz-die-ambitionen-von-jens-spahn-93724135.html)

**Lasch, Hendrik (2025):** Aus für Intel in Sachsen-Anhalt: Keine Megafabrik in Magdeburg, in: nd, 31.7.2025, [www.nd-aktuell.de/artikel/1192903.halbleiterkonzern-aus-fuer-intel-in-sachsen-anhalt-keine-megasfabrik-in-magdeburg.html?sstr=Sven|Schulze](http://www.nd-aktuell.de/artikel/1192903.halbleiterkonzern-aus-fuer-intel-in-sachsen-anhalt-keine-megasfabrik-in-magdeburg.html?sstr=Sven|Schulze)

**Lasch, Hendrik (2026):** Keine Stimmen von links für Haseloffs Nachfolger, in: nd, 27.1.2026, [www.nd-aktuell.de/artikel/1197154.sachsen-anhalt-keine-stimmen-von-links-fuer-haseloffs-nachfolger.html](http://www.nd-aktuell.de/artikel/1197154.sachsen-anhalt-keine-stimmen-von-links-fuer-haseloffs-nachfolger.html)

**Mayer, Iris (2025a):** Sachsen-Anhalt. Umfrageschock für die CDU, in: Süddeutsche Zeitung, 4.9.2025, [www.sueddeutsche.de/politik/sachsen-anhalt-afd-cdu-umfrage-li.3307744](http://www.sueddeutsche.de/politik/sachsen-anhalt-afd-cdu-umfrage-li.3307744)

**Mayer, Iris (2025b):** CDU in Sachsen-Anhalt. «Diesmal geht es um die Systemfrage», in: Süddeutsche Zeitung, 29.11.2025, [www.sueddeutsche.de/politik/cdu-sachsen-anhalt-landtagswahl-li.3344224](http://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-sachsen-anhalt-landtagswahl-li.3344224)

**Munk, Stephanie (2025):** AfD an die Macht? «In Bundesländern kann sie besonders viel Schaden anrichten», in: Merkur, 26.11.2025, [www.merkur.de/politik/afd-an-die-macht-in-bundeslaendern-kann-sie-besonders-viel-schaden-anrichten-zr-94055119.html](http://www.merkur.de/politik/afd-an-die-macht-in-bundeslaendern-kann-sie-besonders-viel-schaden-anrichten-zr-94055119.html)

**Reimer-Gordinskaya, Katrin/Pickel, Gert/Dimitrov, Nikolay (2025):** Sachsen-Anhalt-Monitor 2025. Zwischen Autokratisierung und Demokratisierung, Magdeburg-Stendal, [https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/MK/LPB/Uploads/SAM\\_2025\\_V0812\\_1.pdf](https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Uploads/SAM_2025_V0812_1.pdf)

**Roßmann, Robert (2025):** Zusammenarbeit mit der AfD. CDU-Kreisverband fordert Ende der Brandmauer, in: Süddeutsche Zeitung, 8.4.2025, [www.sueddeutsche.de/politik/cdu-afd-unvereinbarkeitsbeschluss-ulrich-thomas-kreisverband-harz-dennis-radtke-li.3233775](http://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-afd-unvereinbarkeitsbeschluss-ulrich-thomas-kreisverband-harz-dennis-radtke-li.3233775)

**Semsrott, Arne (2024):** Machtübernahme. Was passiert, wenn Rechtsextremisten regieren?, München

**Taschke, Anika (2026):** Sachsen-Anhalt vor der Wahl. Szenarien der Faschisierung und die Verantwortung der Linken, in: LuXemburg 1/2026, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/szenarien-sachsen-anhalt/>

**Ulman, Svetlana (2025):** Haseloff-Ära endet: Wer ist Sven Schulze?, zdfheute, 7.8.2025, [www.zdfheute.de/politik/deutschland/sven-schulze-sachsen-anhalt-ministerpraesident-reiner-haseloff-100.html](http://www.zdfheute.de/politik/deutschland/sven-schulze-sachsen-anhalt-ministerpraesident-reiner-haseloff-100.html)

**Walter, Alexander/Gruhne, Robert (2025):** «Skandal von historischem Ausmaß». Reaktionen aus Sachsen-Anhalt auf Migrations-Abstimmung, in: Volksstimme, 30.1.2025, [www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/skandal-asyil-reaktionen-migration-abstimmung-bundestag-3991428](http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/skandal-asyil-reaktionen-migration-abstimmung-bundestag-3991428)

# ANHANG

## BASISDATEN

Befragte	1.002
Männer	48%
Frauen	52%
Alter	
18–29	11%
30–39	12%
40–49	14%
50–59	17%
60+	46%
Schulbildung	
niedriger Schulabschluss	21%
mittlerer Schulabschluss	34%
hoher Schulabschluss	16%
Studium	25%
Schüler	0%
keine Angabe	4%
Haushaltsnettoeinkommen	
unter 1.500 Euro	14%
1.500 bis unter 2.500 Euro	23%
2.500 bis unter 3.500 Euro	18%
3.500 bis unter 4.500 Euro	12%
4.500 bis unter 5.500 Euro	12%
5.500 Euro und mehr	12%
keine Angabe	9%

BIK-Regionsgröße in 1.000	
unter 20	9%
20 bis 50	26%
50 bis 100	24%
über 100	41%
Kreis/kreisfreie Stadt	
Dessau-Rosslau (kreisfreie Stadt)	4%
Halle (kreisfreie Stadt)	10%
Magdeburg (kreisfreie Stadt)	11%
Altmarkkreis Salzwedel	4%
Anhalt-Bitterfeld	7%
Börde	8%
Burgenlandkreis	8%
Harz	10%
Jerichower Land	4%
Mansfeld-Südharz	6%
Saalekreis	8%
Salzlandkreis	9%
Stendal	5%
Wittenberg	6%

# FRAGENKATALOG

**0. Standarddemografie: Geschlecht, Alter, Schulbildung, Berufstätigkeit, Haushaltsgröße, Haushaltsnettoeinkommen, Regionsgröße, Kreis/kreisfreie Stadt**

## FRAGE 1

---

**Welche der folgenden Parteien könnten Sie sich vorstellen bei einer Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zu wählen?**

---

- CDU
- AfD
- SPD
- Die Linke
- Bündnis 90/Die Grünen
- BSW
- FDP
- sonstige
- weiß nicht, keine Angabe

## FRAGE 2

---

**Für wie wahrscheinlich halten Sie in Sachsen-Anhalt nach der Landtagswahl im September 2026 folgende Regierungsbildungen?**

---

- eine Regierungskoalition aus CDU und AfD
- eine von der CDU geführte Minderheitsregierung ohne die AfD, die aber durch die AfD toleriert wird
- eine Regierungskoalition aus CDU, SPD und BSW
  
- sehr wahrscheinlich (1)
- eher wahrscheinlich (2)
- eher unwahrscheinlich (3)
- sehr unwahrscheinlich (4)
- weiß nicht, keine Angabe

### FRAGE 3

---

**Würden Sie die folgenden Regierungsbildungen in Sachsen-Anhalt sehr befürworten, eher befürworten, eher ablehnen oder sehr ablehnen?**

---

- eine Regierungs-Koalition aus CDU und AfD
- eine von der CDU geführte Minderheitsregierung ohne die AfD, die aber durch die AfD toleriert wird
- eine Regierungs-Koalition aus CDU, SPD und BSW
  
- sehr befürworten (1)
- eher befürworten (2)
- eher ablehnen (3)
- sehr ablehnen (4)
- weiß nicht, keine Angabe

### FRAGE 4

---

**Welcher der beiden folgenden Aussagen über die Parteien CDU und AfD in Sachsen-Anhalt stimmen Sie eher zu?**

---

- In Sachsen-Anhalt ist die CDU die demokratische Alternative zur AfD.
- In Sachsen-Anhalt haben sich CDU und AfD inhaltlich so weit angenähert, dass sie sich eigentlich nur noch im Auftreten unterscheiden.
- keiner von beiden
- weiß nicht, keine Angabe

### FRAGE 5

---

**Sehen Sie die Partei Die Linke als politischen Gegen-Pol zur AfD in Sachsen-Anhalt?**

---

- ja, in sehr starkem Maße (1)
- ja, in eher starkem Maße (2)
- nein, eher nicht (3)
- nein, gar nicht (4)
- weiß nicht, keine Angabe

#### **FRAGE 6**

---

**Sollte die Partei Die Linke eine CDU-geführte Minderheitsregierung tolerieren, um eine Regierungsbeteiligung der AfD zu verhindern?**

---

- ja, auf jeden Fall (1)
- eher ja (2)
- eher nein (3)
- nein, auf keinen Fall (4)
- weiß nicht, keine Angabe

#### **FRAGE 7**

---

**Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass die Grünen im September 2026 wieder in den Landtag einziehen?**

---

- sehr wahrscheinlich (1)
- eher wahrscheinlich (2)
- eher unwahrscheinlich (3)
- völlig unwahrscheinlich (4)
- weiß nicht, keine Angabe

#### **FRAGE 8**

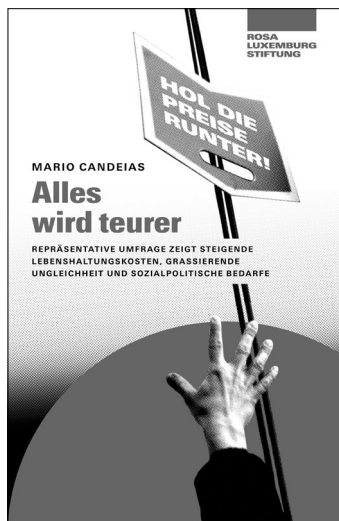
---

**Welche der folgenden politischen Aufgaben in Sachsen-Anhalt sind Ihnen besonders wichtig? Wählen Sie maximal drei aus.**

---

- Stärkung der sozialen Daseinsvorsorge, wie etwa der Erhalt von Krankenhäusern etc.
- Stärkung des ländlichen Raumes
- Mehr Beschäftigung und tarifliche Löhne
- Die Benachteiligung des Ostens abbauen
- Eine Regierungsbeteiligung der AfD verhindern
- nichts davon
- weiß nicht, keine Angabe

## WEITERE PUBLIKATIONEN



Mario Candeias  
**ALLES WIRD TEURER**  
Repräsentative Umfrage zeigt  
steigende Lebenshaltungskosten,  
grassierende Ungleichheit und sozialpolitische Bedarfe

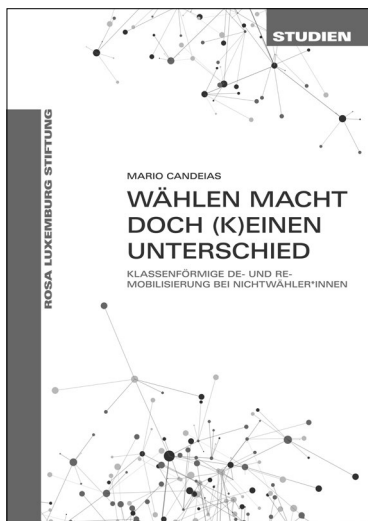
Broschur, 42 Seiten

Februar 2025

ISBN 978-3-948250-98-0

Download unter:

[www.rosalux.de/publikation/id/53094](http://www.rosalux.de/publikation/id/53094)



Mario Candeias  
**WÄHLEN MACHT DOCH (K)EINEN UNTERSCHIED**  
Klassenförmige  
De- und Remobilisierung  
bei Nichtwähler\*innen

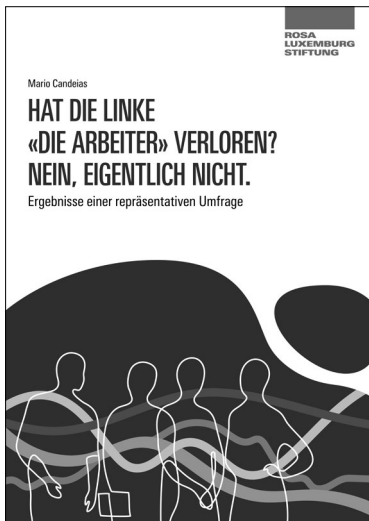
STUDIEN 5/2024

34 Seiten, Januar 2025

ISSN 2194-2242

Download unter:

[www.rosalux.de/publikation/id/52972](http://www.rosalux.de/publikation/id/52972)



Mario Candeias  
**HAT DIE LINKE  
«DIE ARBEITER»  
VERLOREN? NEIN,  
EIGENTLICH NICHT**  
Ergebnisse einer  
repräsentativen Umfrage  
ONLINE-Studie 9/2023  
52 Seiten, Februar 2024  
ISSN 2749-3156

Download unter:  
[www.rosalux.de/publikation/  
id/51679](http://www.rosalux.de/publikation/id/51679)



Carsten Braband, Mario Candeias  
**NACH DER TRENUNG**  
Eine Anti-Establishment-  
Partei? Zur Verortung des  
«Bündnis Sahra Wagenknecht»  
im Parteiensystem  
ONLINE-Publikation 1/2024  
Februar 2024, 21 Seiten  
ISSN 2567-1235

Download unter:  
[www.rosalux.de/publikation/  
id/51665](http://www.rosalux.de/publikation/id/51665)

## **IMPRESSUM**

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISBN (Print) 978-3-911374-30-9 · ISBN (Online) 978-3-911374-31-6

Redaktionsschluss: Februar 2026

Titelfoto: picture alliance/imageBROKER | Karl F. Schöfmann

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben  
und darf nicht zu Wahlkampfpzwecken verwendet werden.



